

Betreff:**Sachstandsbericht zum ISEK-Projekt CoLiving Campus**

Organisationseinheit:	Datum:
Dezernat IV	13.04.2023
41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft	

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (zur Kenntnis)	19.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraeu (zur Kenntnis)	26.04.2023	Ö

Sachstandsbericht zum ISEK-Projekt CoLiving Campus:

Mit Ratsbeschluss vom 22.11.2022 wurde die Verwaltung ermächtigt, in Bezug auf das ISEK-Projekt CoLiving Campus mit dem Land Niedersachsen und der TU Braunschweig einen Letter of Intent (LoI) zu unterzeichnen.

Die Verhandlungen mit der TU und dem Land wurden erfolgreich abgeschlossen (siehe Anlage).

Der LoI vereinbart grundsätzlich die Bereitschaft aller Partner, sich in die Gestaltung rund um den Campus Nord einzubringen. Gleichzeitig ist die Unterzeichnung des LoI ein gemeinsames Bekenntnis zu den Projektzielen und macht insbesondere den Weg für die nächsten administrativen Schritte, die Unterzeichnung des Kooperationsvertrages sowie den Weg zum Beteiligungs- und Planungsprozess frei.

Der LoI soll im Rahmen des Besuchs des niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kultur Falko Mohrs am Forschungsflughafen am 13.04.2023 unterzeichnet werden.

Nächste Schritte:

Für die Entwicklung des Areals wird ein innovativer Planungs- und Beteiligungsprozess angestrebt: transparent, modellhaft, kooperativ, ergebnisoffen, vor Ort organisiert.

Dabei sind drei Beteiligungsbausteine vorgesehen: Die „CO_NFERENZ“, der „CO_WORKSHOP“ und der „CO_WETTBEWERB“ – mit dem Ziel den Rahmenplan in 2024 zu veröffentlichen.

Die CO_NFERENZ vom 15. bis 30. Juni 2023 stellt eine informative Beteiligung der breiten Öffentlichkeit zu Beginn des Projektes dar und bietet eine erste Möglichkeit der Diskussion. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden eingeladen, sich vor Ort am Campus Nord zu dem Projekt zu informieren sowie ihre Fragen, Ideen und Anmerkungen mitzuteilen und zu diskutieren.

Weitere Informationen unter www.coliving-campus.de.

Dr. Hesse

Anlage/n:

Letter of Intent (LoI)

LETTER OF INTENT
zur weiteren Entwicklung des Projektes CoLiving Campus

zwischen

dem Land Niedersachsen

vertreten durch das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur
vertreten durch den Minister

Leibnizufer 9,
30169 Hannover

- im Folgenden kurz „**Land**“ -
und

der Technischen Universität Braunschweig

vertreten durch die Präsidentin
Universitätsplatz 2,
38106 Braunschweig

- im Folgenden kurz „**TU Braunschweig**“ genannt -
sowie

der Stadt Braunschweig,

vertreten durch den Oberbürgermeister,
Platz der Deutschen Einheit
38100 Braunschweig

- im Folgenden kurz „**Stadt**“ genannt -

- zusammen „**Vereinbarungspartner**“ genannt -

Präambel

Braunschweig ist aufgrund einer Vielzahl hier ansässiger Forschungseinrichtungen eine **Stadt der Wissenschaft**. Doch wie können Wissenschaft und Forschung in dieser Stadt erlebbar, erfahrbar und damit sichtbar gemacht werden? Mit dem CoLiving Campus soll ein städtisches Quartier zu einem offenen und begehbareren Wissenschaftsstandort ausgebaut werden, der Forschung und Bildung zugänglich macht und eine neue Denkkultur sowie eine besondere Form städtischen Zusammenlebens ermöglicht. Entstanden ist die Idee für dieses Modellprojekt vor dem Hintergrund der Topographie des CoLiving Campus: Flächen im Besitz der Stadt Braunschweig und Flächen des Landes Niedersachsen, auf denen die TU Braunschweig ihren sogenannten Campus Nord bereits seit vielen Jahren unterhält, liegen in unmittelbarer Nachbarschaft. Somit bietet diese Konstellation die einzigartige Chance, ein Projekt dieser Dimension zu realisieren. Voraussetzung für die Realisierung dieses ersten niedersächsischen Modellprojekts ist die Kooperation zwischen der TU Braunschweig, dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig, mit der die öffentliche Hand aus ihrem Grundbesitz heraus ein

neuartiges urbanes Quartier und eine Keimzelle für Wissenschaft, Forschung und Innovation schaffen könnte: Unter realen Lebens- und Umweltbedingungen sollen innovative gesellschaftliche Zukunftsansätze entwickelt werden. Neben der Stadt und der TU Braunschweig werden auch lokale Akteur*innen sowie (künftige) Bewohnerinnen und Bewohner in die Entwicklung des Quartiers eingebunden.

Die Verzahnung von Stadt und Campus, die wachsende Nachfrage an universitätsnahen Einrichtungen sowie der steigende Bedarf an zugänglichem Wohn- und Arbeitsraum für Studierende und andere Bedarfsgruppen stehen im Vordergrund. In diesem Sinne sollen beispielsweise experimentelle Wohnformen, Mischnutzungen und Sharing-Konzepte explizit gefördert und wissenschaftlich begleitet werden.

Der Campus wird dabei neu gedacht: Nicht nur als ein Ort für das Lernen, Forschen und Arbeiten, der nach Vorlesungsschluss leer steht, sondern als ein lebendiger Ort, der Austausch, Kreativität und Wissenstransfer über die Öffnungszeiten der Universität hinaus fördert. Die dadurch aktivierte und gebündelte Innovationskraft soll in zukunftsfähige Quartervisionen und Technologien geleitet werden: Ökologisches und flexibles Bauen, nachhaltige Mobilität, grüne Energie, Inklusion, Natur und sozialer Zusammenhalt sollen in einem lebendigen Wissenschaftsquartier 24/7 erlebbar werden. Dabei unterliegt das urbane Quartier einem stetigen Wandel durch Impulse von immerfort neuen Studierenden und Akteur*innen.

Interdisziplinäre Forschungsansätze ermöglichen das Erproben neuer Verfahren und Technologien, insbesondere im Kontext des sich vollziehenden Klimawandels hinsichtlich innovativer Standards zum Städtebau, Hochbau und bei Freianlagen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Dabei soll das Erforschte der hiesigen Forschungseinrichtungen im Stadtraum sichtbar und erlebbar gemacht werden. Eine wissenschaftliche Begleitung soll eine Dokumentation sowie eine kritische Reflexion und Anpassung ermöglichen.

Für die Repräsentanz und die Sichtbarmachung von Wissenschaft in dieser Stadt kann das Quartier auf ein Netzwerk funktionierender Kooperationen innerhalb der Forschungseinrichtungen zurückgreifen, sodass ein weiteres Ziel des CoLiving Campus sein wird, die Forschungsergebnisse aus Braunschweigs Wissenschaftseinrichtungen hier einfließen zu lassen und zu erproben. Denkbar ist vor dem Hintergrund einer neuen Baukultur die Integration der hier vor Ort agierenden Institute, beispielsweise der Fraunhofer-Gesellschaft.

Da das Gelände über wertvolle Grünräume und Baumbestände verfügt, sind sich die Vereinbarungspartner einig, dass zum Gelingen des Projektes ein höchst sensibler und respektvoller Umgang mit den auf beiden Grundstücken vorhandenen Grünstrukturen gehört. Die Stadt hat ein Interesse daran, dass auf dem Gelände existierende alternative Wohnformen im Planungsprozess berücksichtigt und möglichst erhalten bleiben sollen. Zudem hat die Stadt ein Interesse daran, dass das Braunschweiger Ringgleis als wesentliches, grünbestimmtes Element, mit Bedeutung für ein verändertes Mobilitätsverhalten bei einer Stadt der kurzen Wege, in das Gesamtkonzept einbezogen wird.

Die Stadt Braunschweig kündigt an, dass zur Umsetzung des Konzepts die Schaffung des erforderlichen Planungsrechts in Form eines Bebauungsplans erforderlich ist.

Zur weiteren Fortschreibung des Gesamtkonzepts schließen die Vereinbarungspartner die folgende Absichtserklärung:

Gemeinsame Ziele

Gemeinsame Ziele der Vereinbarungspartner sind:

- im Rahmen des Prozesses mit Unterstützung des MWK eine grundsätzliche Einigung hinsichtlich eines Grundstücktauschmodells herbeizuführen,
- die Entwicklungsplanung soweit voranzubringen, dass von der Stadt Braunschweig weitere Bauordnungs- und/oder Stadtquartierplanungsmaßnahmen eingeleitet werden können,
- die Entwicklung einer Organisationsstruktur und Prozessgestaltung durch TU Braunschweig und Stadt Braunschweig,
- die Entwicklung eines Finanzierungsmodells des Planungsprozesses durch TU Braunschweig und Stadt Braunschweig. Das Land wird die TU Braunschweig unterstützen, sich in diesen Planungsprozess einzubringen,
- dass TU Braunschweig und Stadt Braunschweig Beteiligungsprozesse durchführen als Basis für einen daran anschließenden städtebaulichen Wettbewerb („Co-Wettbewerb“) der Stadt Braunschweig,
- zu gegebener Zeit Grundstücktausche auf Basis der Ergebnisse des Co-Wettbewerbs. Sollte das nicht möglich sein, wird die Prüfung von Alternativen angestrebt.

Weitere Schritte und Verantwortlichkeiten

Die Vereinbarungspartner stimmen darin überein, dass im nächsten Schritt eine grundsätzliche Einigung hinsichtlich des Grundstücktauschmodells mit dem Liegenschaftsfonds des Landes Niedersachsen erfolgen soll. MWK wird sich gegenüber MF dafür einsetzen, die erforderliche Klärung in der Landesverwaltung herbeizuführen.

Für das Projekt wird von TU Braunschweig und der Stadt eine gemeinsame Projektgruppe gegründet.

Die Stadt Braunschweig wünscht sich, dass die Ausgestaltung des Beteiligungsprozesses für die informelle Beteiligung der Bevölkerung der Stadt Braunschweig innerhalb der Stadtverwaltung unter Federführung der Dezernentin für Kultur und Wissenschaft erarbeitet wird, die Projektgruppe hierbei als Unterstützung zur Verfügung steht und die nähere Ausgestaltung des Beteiligungsprozesses für die Einbindung der TU-Institute von der Projektgruppe in enger Abstimmung mit der TU Braunschweig erarbeitet wird.

Die Stadt Braunschweig kündigt an, dass für die Durchführung und Begleitung des Prozesses eine Ausschreibung und Beauftragung einer Agentur durch die Stadt erfolgt.

Die Stadt Braunschweig und die TU Braunschweig streben an, für das Projekt eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen.

Grundsätze der Zusammenarbeit

Die Vereinbarungspartner werden sich gegenseitig über die jeweiligen Schritte des Projektes, insbesondere in der Ausgestaltung des Beteiligungsprozesses unterrichten.

Etwaige Presseveröffentlichungen zum Projekt CoLiving Campus werden zuvor mit den anderen Vereinbarungspartnern abgestimmt, diese dürfen ihre Zustimmung zur Veröffentlichung nicht unbillig verweigern.

Stadt Braunschweig und TU Braunschweig sagen zu, dass sie ihre spezifischen Fähigkeiten und Ressourcen in angemessenem Umfang der Kooperation zur Verfügung stellen.

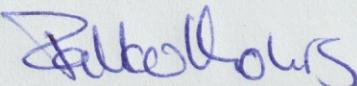
Die Vereinbarungspartner vereinbaren eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Braunschweig,

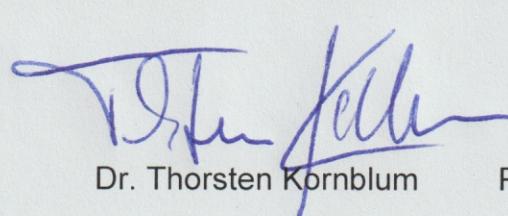
Der Minister für
Wissenschaft und Kultur
des Landes
Niedersachsen

Der Oberbürgermeister
der Stadt Braunschweig

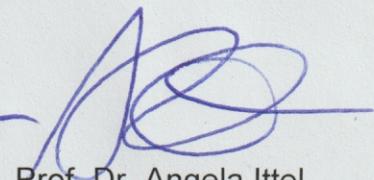
Die Präsidentin der
Technischen Universität
Braunschweig



Falko Mohrs



Dr. Thorsten Kornblum



Prof. Dr. Angela Ittel

Absender:

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 330**

23-20730

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Verbindungs weg zur Forststraße beleuchten

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.02.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraeue
(Entscheidung)

Status

02.03.2023

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Bezirksrat Nordstadt-Schunteraeue möge beschließen:

Der Verbindungs weg von der Henri-Dunant-Straße zur Forststraße soll mit einer insektenfreundlichen Beleuchtung ausgestattet werden. Nur bei Bedarf sollen sich nachts die Lampen per Bewegungsmelder einschalten.

Sachverhalt:

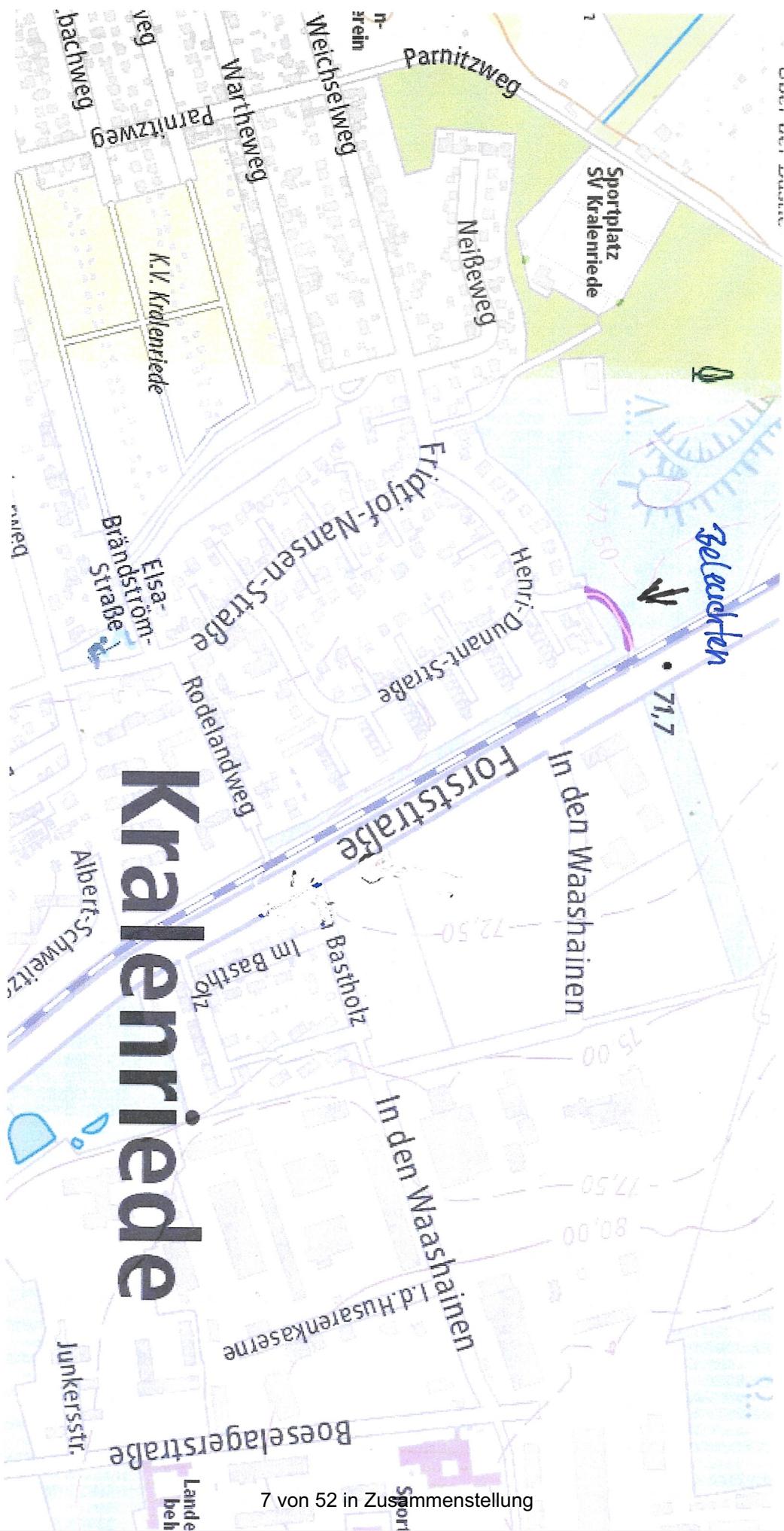
Der Weg, der hinter den Häusern der Henri-Dunant-Straße 32/32 A zur Forststraße verläuft, wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern genutzt, sei es zur Arbeitsstätte am Flughafen oder zum Einkaufen nach Bienrode/Waggum. Aus Sicherheitsgründen sollte dieser Weg beleuchtet werden. Drei bis vier Laternen müssten ausreichen um diesen Weg bei Bedarf auszuleuchten ähnlich wie am Ringgleis das noch in diesem Jahr fertiggestellt wird.

gez.

Horst-Dieter-Steinert

Anlagen:

Lageplan



Kralenriede

Betreff:

Verbindungsweg zur Forststraße beleuchten

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VIII 67 Fachbereich Stadtgrün und Sport	<i>Datum:</i> 13.04.2023
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunterau (zur Kenntnis)	26.04.2023	Ö

Sachverhalt:

Zur Drucksache 23-20730 wird Folgendes mitgeteilt:

Bei dem in Rede stehende Wegeabschnitt handelt es sich um einen untergeordneten Freizeitweg. Freizeitwege werden in der Regel nicht beleuchtet. Der Gesetzgeber schreibt auch keine generelle Beleuchtungspflicht für Wege, Straßen und Plätze vor.

Der in Rede stehende Wegeabschnitt grenzt unmittelbar an das unter Naturschutz stehende und für den Artenschutz bedeutsame Gebiet „Sandmagerrasen am Schlossberg“. Die negativen Auswirkungen von künstlicher Beleuchtung auf Insekten sowie Vögel und Fledermäuse sind durch wissenschaftliche Studien belegt und müssen im Hinblick auf das Insektensterben sowie den Rückgang von Vogel- und Fledermausarten bzw. deren Individuenzahlen bei Beleuchtungsvorhaben stets berücksichtigt werden. Grundsätzlich sind Beleuchtungsanlagen, die nicht der Sicherheit dienen, aus naturschutzfachlicher Sicht zu vermeiden oder, wenn nicht vermeidbar, auf ein Minimum zu reduzieren. Dieser fachliche Grundsatz hat auch Eingang in das städtische „Gestaltungskonzept Beleuchtung“ gefunden. Danach ist eine Beleuchtung von städtischen Parks und Grünanlagen nur im begründeten Einzelfall in sehr begrenztem Umfang als Orientierungsbeleuchtung vorgesehen bzw. es wird gänzlich auf Leuchten verzichtet.

Grundsätzlich ist die geplante Installation auch vor dem Hintergrund des Gesetzes zum Schutz der Insektenvielfalt in Deutschland vom 18. August 2021 (Änderungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz) rechtlich kritisch zu betrachten und insbesondere der Schutz von Tieren und Pflanzen vor nachteiligen Auswirkungen von Beleuchtungen zu betrachten. Neu zu errichtende Beleuchtungen an Straßen und Wegen, Außenbeleuchtungen von baulichen Anlagen und Grundstücken sowie beleuchtete oder lichtemittierende Werbeanlagen sind technisch und baulich so anzubringen, mit Leuchtmitteln auszustatten und zu betreiben, dass Tiere und Pflanzen wild lebender Arten vor schädlichen Auswirkungen durch Lichtimmissionen geschützt werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im Hinblick auf die Erhaltung der biologischen Vielfalt in naturnahen Gebieten eine nicht notwendige Beleuchtung, auch wenn sie allgemein als „insektenfreundlich“ gilt, aus naturschutzfachlicher Sicht abzulehnen ist.

Loose

Anlage/n:
keine

Betreff:

Verbesserung der Zuwegung zur Spargelstraße von der Freyastraße für Radfahrende und Fußgänger

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraeue
(Entscheidung)

26.04.2023

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Zur Verbesserung der Erkennbarkeit der Zuwegung von der Freyastraße in die Spargelstraße im Kreuzungsberich Freyastraße/Spargelstraße/Siegmundstraße nimmt die Verwaltung Maßnahmen zur besseren Sichtbarmachung der Einmündung in den Zuwegungsbereich für Radfahrende und Fußgänger vor. Denkbar sind Piktogramme auf dem Weg oder eine entsprechende Beschilderung im Rahmen der Wegweisung des Radwegenetzes der Stadt Braunschweig. Im Zuge dessen wird das in Richtung Freyastraße stehende Fußgängerschild um einen Hinweis "Radfahrende frei" ergänzt oder entsprechend abgebaut. Außerdem sollten die Radfahrenden darauf hingewiesen werden, von Süden aus kommend im Einmündungsbereich in die Freyastraße lediglich Schrittgeschwindigkeit zu fahren, um die Bewohnerinnen und Bewohner der angrenzenden Häuser, wenn sie auf die Straße kommen, nicht zu gefährden.

Ferner wird die Verwaltung gebeten, eine Deckensanierung zwischen dem asphaltierten Bereich der Zuwegung an der Freyastraße und dem asphaltierten Abschnitt der Spargelstraße vorzunehmen.

Sachverhalt:

Der Nordanger soll sich bereits jetzt, spätestens jedoch nach Fertigstellung des Nördlichen Ringgebietes als zentrale Nord-Süd-Achse zwischen dem Siegfriedviertel, dem Nördlichen Ringgebiet und dem Unibereich für Radfahrende und Fußgängerinnen und Fußgänger etablieren. Daher ist es um so wichtiger, von Norden kommend eine gute Erkennbarkeit für die Nutzerinnen und Nutzer sicherzustellen. Dieses kann durch eine entsprechende Markierung oder Beschilderung erfolgen.

Um die Nutzbarkeit für Radfahrende vom Nordanger her kommend sicherzustellen, ist eine entsprechende Änderung der Beschilderung notwendig.

Die Deckensanierung erscheint zudem zwingend geboten, da insbesondere im Nordbereich der Zuwegung dicke Steine insbesondere für Radfahrende, Menschen mit Beeinträchtigungen der Mobilität und Familien mit Kinderwagen ein besonderes Hemmnis darstellen.

gez.

Jens Dietrich

Anlagen:

Übersichtskarte, Fotos

Absender:

BIBS-Fraktion im Stadtbezirksrat 330

TOP 5.3

23-21038

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Vorstellung des Projekts "Lebenschancen durch Sport"

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

05.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunterau
(Entscheidung)

Status

26.04.2023

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Wir beantragen die Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Vorstellung des Projekts Lebenschancen durch Sport" durch die Löwenkickers GbR.

Sachverhalt:

Begründung:

Seit 2008 betreibt der VfB Rot-Weiß 04 Braunschweig e.V. im westlichen Ringgebiet das Projekt "Lebenschancen durch Sport". Mit der Durchführung des Projekts ist die Löwenkickers GbR beauftragt.

Seit 2021 wird das Projekt vom städtischen Fachbereich Stadtgrün und Sport gefördert. Ende des Jahres 2021 wurde das Projekt auf die Stadtteile Siegfriedviertel und Schwarzer Berg ausgedehnt.

Ziel des Projektes ist es, für alle Kinder und Jugendlichen eine Möglichkeit der Bewegungs- und Gesundheitsförderung anzubieten, Entwicklungsförderung im motorischen, sozial-emotionalen und kognitiven Bereich zu ermöglichen, sowie Spaß an der Bewegung zu fördern und dadurch Übergewicht und die daraus resultierenden Folgebeschwerden zu vermeiden.

gez.

Christian Plock

Anlage/n:

keine

Absender:

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 330**

23-21165

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Temporäre Geschwindigkeitsmessung im Donnerburgweg

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunterau
(Entscheidung)

Status

26.04.2023

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung möge im Donnerburgweg eine temporäre Geschwindigkeitsmessung vornehmen. Die Ergebnisse sind dem Bezirksrat vorzustellen und nötigenfalls Maßnahmen zu entwickeln, um das Problem überhöhter Geschwindigkeiten in Isoldestraße und Donnerburgweg gesamthaft zu lösen.

Sachverhalt:

Auf Antrag der SPD-Fraktion (22-18887) und Beschluss des Bezirksrates wurde auf der Isoldestraße bereits eine temporäre Geschwindigkeitsmessung durchgeführt, die insbesondere im Hinblick auf die dort anliegende Grundschule sowohl hinsichtlich Anzahl als auch Ausmaß durchaus erschreckende Geschwindigkeitsübertretungen nachweisen konnte. Auch im parallel verlaufenden Donnerburgweg besteht der Eindruck, dass es insbesondere im östlichen Teil vielfach zu erheblichen Überschreitungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h kommt. Dies ist gerade zu Schulanfangs- und -endzeiten (letztere ziehen sich de facto bis 17 Uhr, da bis dahin eine Betreuung im Rahmen der KoGS erfolgen kann) umso gravierender, da Kinder aus den nördlichen Seitenstraßen auf ihrem Schulweg in der Regel den Donnerburgweg queren, um über den südlichen Bürgersteig den Fußgängerüberweg an der Isoldestraße zu erreichen. Hinzu kommt, dass gerade im Berufsverkehr ein eventueller Rückstau von der Ampelkreuzung Siegfriedstraße/Guntherstraße häufig über Tannhäuserstraße und Donnerburgweg umfahren wird.

In der Gesamtschau sollte daher auch im Donnerburgweg untersucht werden, ob sich bezüglich der gefahrenen Geschwindigkeiten ein der Isoldestraße ähnliches oder jedenfalls ebenfalls bedenkliches Profil ergibt, damit gegebenenfalls eine gesamthafte Lösung zur Verkehrsberuhigung und/oder -führung innerhalb der Donnerburgsiedlung gefunden werden kann.

gez.

Dennis Egbers-Schoger

Anlagen:

keine

Betreff:

**Ausbau des Bültenwegs im Bereich zwischen Bushaltestelle
Nordstraße und Bültenweg 46**

Organisationseinheit: Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	Datum: 17.04.2023
---	----------------------

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraeue (Anhörung)	26.04.2023	Ö
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (Entscheidung)	02.05.2023	Ö

Beschluss:

„Der Planung und dem Ausbau des Bültenwegs im Abschnitt zwischen der Bushaltestelle Nordstraße und Hausnummer 46 in der als Anlage beigefügten Fassung wird zugestimmt.“

Sachverhalt:Beschlusskompetenz

Die Beschlusskompetenz des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben ergibt sich aus § 76 Abs. 3 Satz 1 NKomVG i. V. m. § 6 Nr. 2 lit. h der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm handelt es sich beim Bültenweg um einen Straßenzug, der als Kreisstraße eine über die Grenzen des Stadtbezirks hinausgehende Funktion besitzt, für die der Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben beschlusszuständig ist.

Anlass

Die Verwaltung hat den Auftrag erhalten, die Bauabschnitte 2 und 3 aus dem 2019 vorgestellten „Konzept Neuordnung Nebenanlagen Bienroder Weg“ zu planen und für die Umsetzung vorzubereiten. Diese Bauabschnitte grenzen an das nördliche Bauende des ersten Bauabschnitts, dem barrierefreien Ausbau der Bushaltestelle „Nordstraße“ an. Ziel des Konzeptes ist es, den Querschnitt so aufzuteilen, dass dem Fuß- und Radverkehr nach modernen Gesichtspunkten ausreichend Fläche zur Verfügung gestellt wird. Fahrbahn und Seitenbereiche sind außerdem in baulich schlechtem Zustand und nicht länger wirtschaftlich zu unterhalten.

Planung

Die hier vorgestellte Planung hat zwei Abschnitte unterschiedlicher Charakteristik. Der südliche Abschnitt (vom nördlichen Ausbauende der Bushaltestelle Nordstraße bis zur Straße Am Bülten) ist mit 16 m Breite zwischen der Bebauung für eine Hauptverkehrsstraße sehr schmal. Verschiedene Querschnittsaufteilungen wurden bereits im Konzept von 2019 betrachtet. Einzig die Planung einer Fahrbahn mit 6,50 m Breite (Busverkehr) und jeweils beidseitigen getrennten Geh- und Radwegen mit geringfügig reduzierter Breite wird den Anforderungen an zeitgemäße Verkehrsanlagen gerecht. Die im Bestand vorhandenen Parkmöglichkeiten auf der Westseite müssen dazu entfallen.

In einem Radius von 300 m zum Projekt sind insgesamt 330 öffentliche Parkplätze vorhanden. Davon entfallen durch die Planung 34 Parkplätze, also ca. 10 %. Zu einem Zeitpunkt, an dem im wesentlichen Anwohner den Parkraum nutzen (an einem Sonntagmorgen Ende März um 6:00 Uhr morgens) wurden im genannten Bereich alle nicht belegten Parkplätze erhoben. Es standen 140 freie Parkplätze, davon mehr als die Hälfte im Bereich Franz-Liszt-Straße/Langer Kamp, zur Verfügung. Die Verwaltung beabsichtigt, im Bereich der Franz-Liszt-Straße östlich der Straße Langer Kamp einen Anwohnerparkbereich auszuschildern, so dass für die Anwohner des Bültenwegs die Möglichkeit besteht, bevorrechtigt dort zu parken. Dafür ist die Beantragung einer Anwohnerparkbevorrechtigung erforderlich.

Der Zebrastreifen im nördlichen Bereich des Abschnitts (im Bereich des Jugendzentrums und der Bushaltestelle) bleibt erhalten. Die heute vorhandene Mittelinsel kann nicht wieder angelegt werden. Ein niederflurgerechter Bussteig mit Wetterschutz war am heutigen Standort nicht zu realisieren; der stadteinwärtige Bussteig wurde daher nach Norden verlegt.

Der nördlich der Einmündung „Am Bülten“ gelegene Bauabschnitt verfügt über einen deutlich breiteren Querschnitt. Hier können 2,50 m breite Gehwege und dem Ziele- und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ entsprechend 2,30 m breite Radwege durchgehend realisiert werden.

Außerdem wird der stadteinwärtige Bussteig „Am Bülten“ hierher verlegt, da hier ausreichend Fläche sowohl für den Fuß- und Radverkehr als auch für die ÖV-Nutzenden zur Verfügung steht. Im Bereich der Bushaltestelle wird eine neue Querungsmöglichkeit mit Mittelinsel geschaffen. Die Bushaltestelle Fahrtrichtung Norden wird als Fahrbahnrandhaltestelle ausgebildet.

Die Fahrbahn ist auch in diesem Bereich durchgehend 6,50 m breit, um den Busverkehr der Linien 416 und 436 ungehindert abwickeln zu können. Auf den östlich der Straße gelegenen Flächen sind zusätzlich Baumpflanzungen vorgesehen.

Informationsveranstaltung

Die Verwaltung hatte zum 22.03.2023 die von den Straßenausbaubeiträgen betroffenen Anlieger schriftlich und alle anderen Interessierten über die Medien zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Die Veranstaltung stieß auf sehr großes Interesse (ca. 80 Teilnehmende). Die Planung und die Auswirkungen der Straßenausbaubeitragssatzung wurden von der Verwaltung vorgetragen und erläutert. Es gab eine engagierte, konstruktive Diskussion mit den Anwesenden schwerpunktmäßig über die Planung.

Folgende Punkte waren Diskussionsinhalt:

- Es wurde der Wunsch geäußert nicht nur die Radwege, sondern auch die Gehwege an Straßeneinmündungen höhengleich durchzuziehen. Bei den Radwegen ist dies vorgesehen, bei den Gehwegen ist dies aus rechtlichen Gründen derzeit nicht möglich.
- Bedauert wurde der Wegfall der Mittelinsel in Höhe des Jugendzentrums. Ein Zebrastreifen wird es hier auch weiterhin geben, für die Mittelinsel fehlt der Platz. Dafür wird etwas weiter nördlich eine Querungsmöglichkeit mit Mittelinsel vorgesehen.
- Der Lösungsansatz für die entfallenden Parkplätze in Form der Ausweisung von Anwohnerparkplätzen wurde sehr interessiert begleitet und es wurden viele Verständnisfragen dazu gestellt, die die Verwaltung beantwortete. Die Verwaltung hatte den Eindruck, dass diese Lösung Akzeptanz findet.
- Im westlichen Bereich der Lisztstraße wurde die Möglichkeit der Ausweisung von Parkplätzen für eine Praxis angefragt. Hier besteht grundsätzlich die Möglichkeit mit den Möglichkeiten der Parkraumbewirtschaftung (zeitliche Beschränkung mit Parkscheibe

während der Öffnungszeiten der Praxis) zu helfen. Eine Ausweisung von Parkplätzen nur für die Praxis ist rechtlich nicht zulässig.

- Einige Bürger forderten mit Verweis auf die Leistungsfähigkeit der Straße die Anlage von Busbuchten. Aufgrund sehr guter Erfahrungen mit Fahrbahnrandhaltestellen besteht auch an dieser Stelle kein Zweifel, dass Fahrbahnrandhaltestellen hier funktionieren.
- Über Entlademöglichkeiten vor den Häusern wurde gesprochen. Die Verwaltung prüft, wie dieses möglichst ohne wesentliche Beeinträchtigung des Busverkehrs realisiert werden kann.
- Es wurde angeregt, Tempo 30 durchgehend zu beschildern. Die Verwaltung wird dies prüfen. Dieses ist jedoch unabhängig von der vorgelegten Planung.
- Gegenüber der Franz-Liszt-Straße wurde eine Absenkung des Radweges angeregt, damit eine Zufahrt auf den Radweg möglich ist. Die Verwaltung wird diesen Hinweis umsetzen.

Insgesamt hatte die Verwaltung den Eindruck, dass die Planung mehrheitlich positiv aufgenommen wurde.

Finanzierung

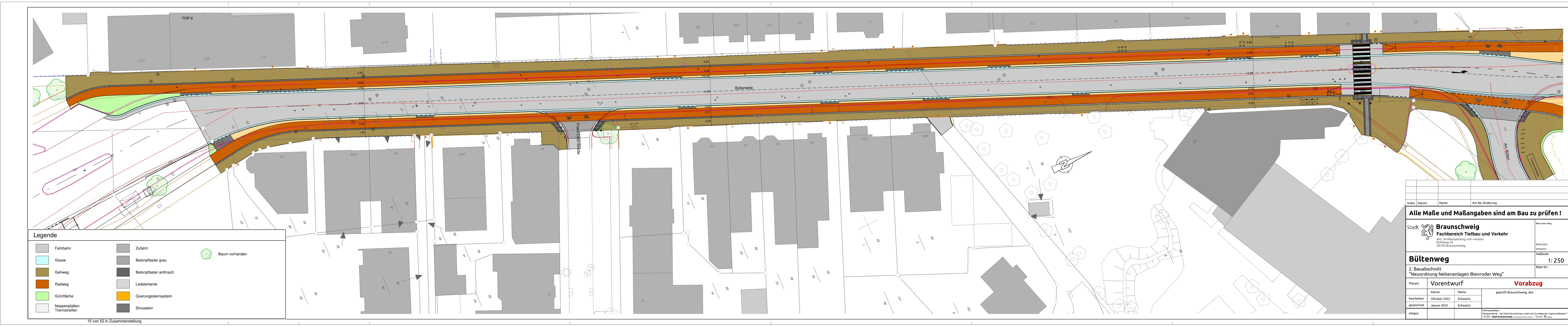
Die Kostenschätzung beträgt 3.350.000 €. Davon entfallen ohne Berücksichtigung einer Förderung nach GVFG auf die Anlieger insgesamt ca. 635.000 €. Die Verwaltung wird die Bushaltestellen bei der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) und den Rest der Maßnahme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) beim Land zur Förderung anmelden. Die Förderquote bei den Bushaltestellen beträgt 75 % + 12,5 % (Regionalverband Großraum Braunschweig) der förderfähigen Kosten, die GVFG-Förderquote beträgt 60 %.

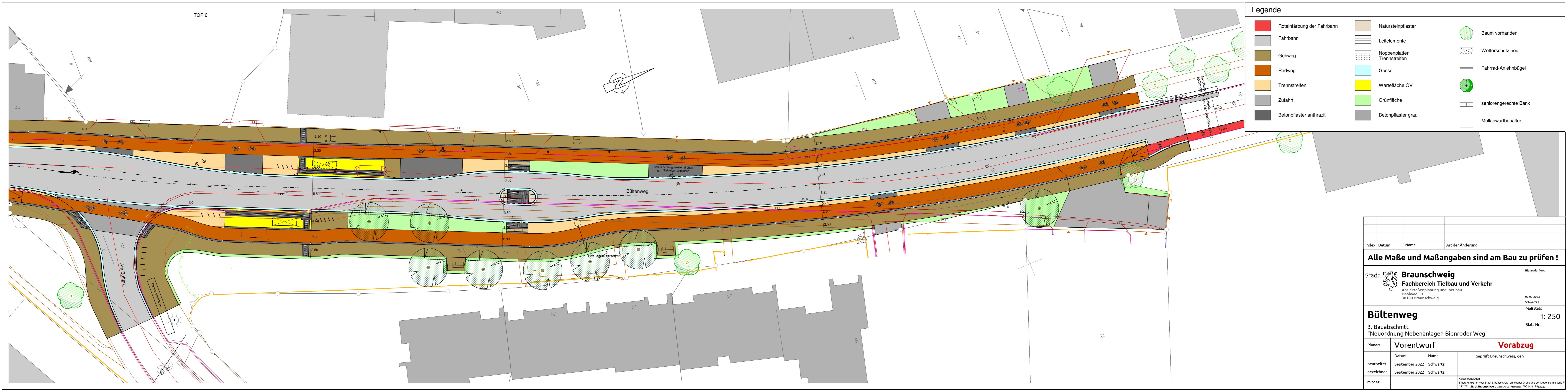
Die Haushaltsmittel stehen in den PSP-Elementen 5E.660160, 4E.660025 und 4S.660012 zur Verfügung. Die Arbeiten sollen abhängig von den Förderbescheiden im Jahr 2024 durchgeführt werden.

Leuer

Anlage/n:

Lagepläne





Betreff:**Genehmigungsverfahren zur Änderung des Bahnübergangs
Pepperstieg****Organisationseinheit:**Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr**Datum:**

03.04.2023

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	19.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraeue (Anhörung)	26.04.2023	Ö
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (Entscheidung)	02.05.2023	Ö

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zur Planung des Genehmigungsverfahrens zur technischen Sicherung des Bahnübergangs Pepperstieg gemäß § 18 AEG die als Entwurf beigelegte Stellungnahme (Anlage) abzugeben.“

Sachverhalt:**Beschlusskompetenz**

Die Beschlusskompetenz des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben ergibt sich aus § 76 Abs. 3 S. 1 NKomVG i. V. m. § 6 Nr. 2 lit. e der Hauptsatzung. Im Sinne dieser Zuständigkeitsnorm sind Zustimmungen zu städtischen Stellungnahmen in verkehrlichen Planfeststellungsverfahren (Plangenehmigung) auf den Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben übertragen.

Anlass

Der Bahnübergang „Pepperstieg“ soll erstmalig eine technische Sicherung erhalten, siehe Anlage mit Kreuzungsplan BÜ „Pepperstieg“ von der DB. Mit Schreiben vom 7. April 2021 wurde seitens der Stadt Braunschweig bereits eine Stellungnahme an das damals von der DB AG beauftragte Ingenieurbüro Graband abgegeben (DS 21-15244 und DS 21-15244-01).

Aufgrund der Tatsache, dass die letzte Stellungnahme bereits mehrere Jahre zurückliegt und sich der Stand der Planung über diesem Zeitraum verändert hat muss eine neue Stellungnahme angefertigt werden. Dieses wurde der DB Netz AG vom Eisenbahn-Bundesamt vorgegeben. Ohne die gesamtstädtische Stellungnahme kann das Planrecht nicht erteilt werden.

Die Änderungen der Planunterlagen umfassen im Wesentlichen eine veränderte Lage des Betonschalthauses sowie das Abändern der Poller. Zudem wurde anstatt einer Bepflanzung des Betonschalthauses eine Hecke angedacht.

Des Weiteren wurden in der neuen Planung die Anmerkungen der alten Stellungnahme (vom 7. April 2021) berücksichtigt und eingearbeitet.

Leuer

Anlage/n:

Anlage 1 - Gesamtstädtische Stellungnahme BÜ Pepperstieg

Anlage 2 - Lageplan BÜ Pepperstieg

Postanschrift: Stadt Braunschweig, Postfach 3309, 38023 Braunschweig

DB Netz AG
Herrn Krenzin
Projekte STE Hannover, I.NI-N-H-S
Lindemannallee 3
30173 Hannover

Tiefbau und Verkehr
Verkehrsplanung und
Verkehrsmanagement
Bohlweg 30

Name: Herr Strahl

Zimmer: A 3.145

Telefon: 470-2501

Bürgertelefon/Vermittlung: 0531 470-1
oder Behördennummer 115

Fax: 470-942501

E-Mail: rene.strahl@braunschweig.de

Tag und Zeichen Ihres Schreibens

(Bitte bei Antwort angeben)
Mein Zeichen

Tag

23.02.2023

66.11

03.05.2023

Stellungnahme zur geplanten Sicherung des Bahnübergangs Pepperstieg

Sehr geehrter Herr Krenzin,

nachfolgend übersende ich Ihnen die gesamtstädtische Stellungnahme zur geplanten Sicherung des Bahnübergangs Pepperstieg. Die Stadt Braunschweig stimmt den Planungen unter Berücksichtigung der nachfolgenden Hinweise und Maßnahmenempfehlungen zu.

Abfallrecht

Kontakt: Herr Winkelhöfer, Tel. 470-6381

Aus abfallrechtlicher Sicht bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen das geplante Bauvorhaben.

Aufgrund der langjährigen bahntechnischen Nutzung der betreffenden Bereiche sind Verunreinigungen im Untergrund zu erwarten. Diese Einschätzung betrifft insbesondere die Gleiskörper inklusive des Gleisschotters.

Bei Erdbewegungsmaßnahmen ist daher verunreinigter Boden, bei Rückbauarbeiten im Gleiskörper zudem verunreinigter Gleisschotter zu erwarten. Diese Materialien unterliegen nach dem Aushub aus dem Untergrund bzw. des Gleiskörpers der abfallrechtlichen Gesetzgebung. Hinsichtlich der Verwertung dieser ausgehobenen Materialien im Planungsbereich sind die besonderen Vorschriften der Mitteilung 20 der LAGA (1) - Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen - Stand 2003 zu beachten.

Vor einer Verwertung der ausgehobenen oder abgeschobenen Materialien im Planungsbereich sind diese chemisch-analytisch zu untersuchen. Der Mindestumfang der analytischen Untersuchung ergibt sich aus der LAGA Mitteilung 20. Bei dem Analyseumfang ist zudem die bahntechnische Vornutzung inkl. der bahntypischen Herbizide zu berücksichtigen.

Internet: <http://www.braunschweig.de>
Sprechzeiten:



NORD/LB Landessparkasse IBAN DE21 2505 0000 0000 8150 01
Postbank IBAN DE05 2501 0030 0010 8543 07
Volksbank eG BS-WOB IBAN DE60 2699 1066 6036 8640 00

Gläubiger ID: DE 09BS100000094285
Umsatzsteuer-ID: DE 11 48 78 770
Umsatzsteuernummer: 14/201/00553

Mit Inkrafttreten der ErsatzbaustoffV (2) am 1. August 2023 sind die dort genannten Vorgaben, insbesondere hinsichtlich der Anforderungen an die Herstellung mineralischer Ersatzbaustoffe, an die Probennahme und Untersuchung von Bodenmaterial sowie an den Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe in technische Bauwerke zu beachten.

Die in der Ersatzbaustoffverordnung genannten Vorgaben ersetzen ab dem 1. August 2023 grundsätzlich die Anforderungen der LAGA M 20.

Es ist davon auszugehen, dass Bodenaushub, der nicht im Planungsbereich verwertet werden kann, einer fachgerechten Entsorgung zugeführt werden muss. Hierzu sind ggf. zusätzliche Deklarationsanalysen erforderlich. Der Umfang dieser Analysen richtet sich nach den Anforderungen der jeweiligen Entsorgungs- bzw. Verwertungsstellen.

Die genannten Abfälle sowie alle weiteren Abfälle, die bei Maßnahmen im Planungsbereich anfallen, sind unter Beachtung der abfallrechtlichen Gesetzgebung zu entsorgen.

(1): LAGA Mitteilung 20: Mitteilung der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 20 Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen - (Stand 6. Nov. 2003)

(2): ErsatzbaustoffV: Verordnung über die Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen in technische Bauwerke – Ersatzbaustoffverordnung - vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598) in der derzeit geltenden Fassung.

Immissionsschutz

Kontakt: Frau Willert, Tel. 470-6385

Über die vorgesehenen (geräuschintensiven) Arbeiten zur Nachtzeit ist die Untere Immissionsschutzbehörde spätestens ein Tag vor Beginn dieser Tätigkeiten zu informieren: alexander.biel@braunschweig.de oder 0531-470-6382.

Naturschutz

Kontakt: Frau Bös, Tel. 470-6350

Die im landschaftspflegerischen Begleitplan des Planungsbüros Laskowski (November 2022) aufgeführte Ausgleichsmaßnahme 001_A Sichtschutzpflanzung ist wie beschrieben vollständig umzusetzen. Die Hinweise zum Amphibienschutz und zum Schutz der Wuchsstandorte des Wiesen-Storchschnabels sind zu beachten.

Gewässerschutz

Kontakt: Frau Piotr, Tel. 470-6332

Die betroffenen Teilflächen der Grundstücke der Gemarkung Griesmarode, Flur 3, Flurstück 111/2, Gemarkung Hagen, Flur 10, Flurstücke 140/2 und 144/6 liegen in der Zone II des Wasserschutzgebiets für das Wasserwerk Bienroder Weg (s. Abbildung 1) und nicht, wie in den Unterlagen angegeben, in Zone III a. Zone I des Wasserschutzgebiets grenzt direkt an die Flurstücke 140/2 und 144/6 an.

Das Vorhaben liegt z. T. innerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes der Wabe und Mittelriede (s. Abbildung 2).

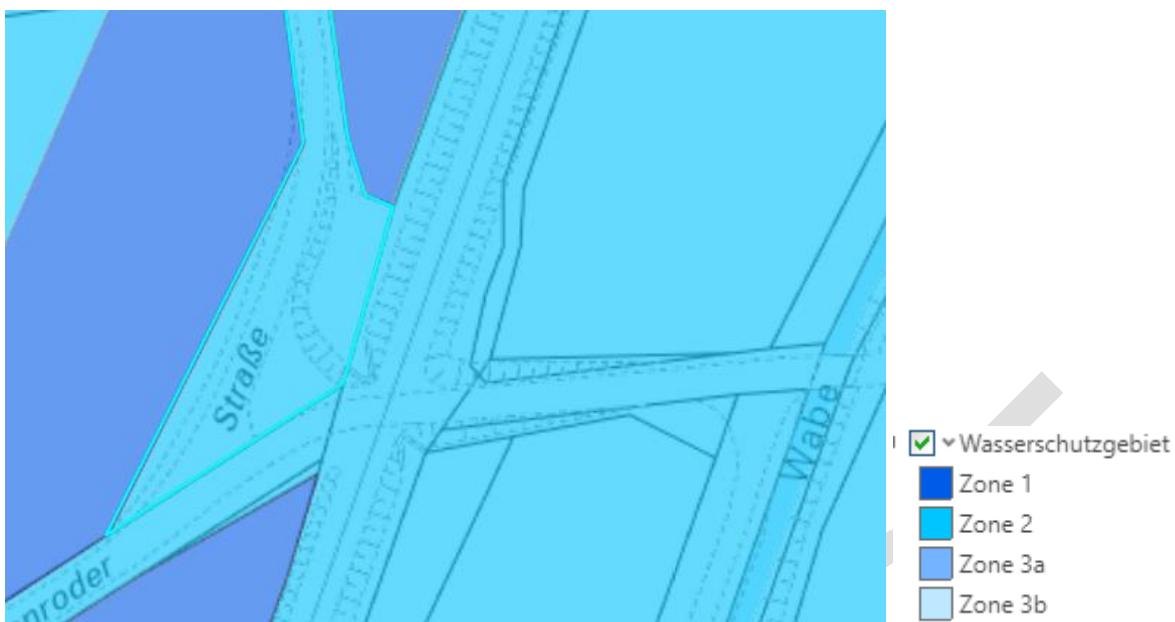


Abb. 1: Auszug Wasserschutzgebiet

Gegen das Vorhaben bestehen aus wasserrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken, wenn die nachfolgenden Nebenbestimmungen beachtet werden. Ich bitte, diese in die Plangenehmigung nach § 18 AEG mit aufzunehmen:

Wasserschutzgebiet (WSG)

- Das Vorhaben liegt in der Zone II des Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Bienroder Weg. Die in der Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Bienroder Weg der Braunschweiger Versorgungs-AG vom 12. Oktober 1978 genannten Verbote und Beschränkungen sind zu beachten (Amtsbl. f. d. RegBez. Brg. Nr. 20 vom 15.11.1978, S. 180 - 184).
https://www.braunschweig.de/leben/umwelt_naturschutz/wasser/wasserschutzgebiet.php
- Schutzzone I darf von der Baumaßnahme, einschließlich der Baustelleneinrichtung und Lagerflächen, nicht berührt werden. Auch die Betretung ist unzulässig.
- Die Verwendung von Recyclingmaterialien (z. B. aufbereiteter Bauschutt, Schlacken, Hütten-sande) ist in Schutzzone II verboten. Eine Ausnahme von diesem Verbot kann nicht in Aussicht gestellt werden. Ohne Bedenken wird der Einbau von unbelastetem Natursteinmaterial, Sanden und Kiesen innerhalb des WSG zugelassen, wenn die Zuordnungswerte Z0 eingehalten werden.

Hinweis: Am 01.08.2023 tritt die Ersatzbaustoffverordnung in Kraft. Hinsichtlich des Einbaus mineralischer Ersatzbaustoffe in technische Bauwerke sind ab diesem Datum die Vorgaben der Verordnung einzuhalten. Die Verordnung ersetzt die Regelungen der LAGA M 20.

- Für die Baumaßnahme dürfen grundsätzlich nur Stoffe verwendet werden, die keine nachteiligen Beeinträchtigungen des Grundwassers und/oder Untergrundes verursachen können.
- Maschinen und Geräte sind an der Baustelle auf das zur Durchführung notwendige Maß zu beschränken.
- Alle Baumaschinen sind während des Betriebes täglich auf Dichtigkeit zu prüfen. In arbeitsfreien Zeiten (nachts, an Wochenenden und Feiertagen) sind die Maschinen und Geräte auf wasserdichten Flächen möglichst außerhalb der Schutzzone II abzustellen.
- Wassergefährdende Stoffe (u. a. Treibstoffe, Öle, Fette) müssen so gelagert werden (z. B. in Containern, überdachten Auffangwannen), dass es zu keinen Verunreinigungen des Grundwassers und/oder Bodens kommen kann.

- In Schutzone II darf die Lagerung wassergefährdender Stoffe nur erfolgen, wenn der Bauablauf dies unbedingt erforderlich macht. Dabei ist ein maximaler Abstand zu Schutzone I einzuhalten. Die Untere Wasserbehörde ist rechtzeitig vorab zu informieren.
- Der Austritt von wassergefährdenden Stoffen sind der Unteren Wasserbehörde, dem WasserverSORGER (BS|Energy) und der Feuerwehr der Stadt Braunschweig umgehend mitzuteilen.
- Gegenmaßnahmen zum Schutz des Grundwassers und/oder Bodens müssen sofort eingeleitet werden können. Alle Hilfsmittel (z. B. Bindemittel) zur Aufnahme/Auffangen von auslaufenden wassergefährdenden Stoffen (u. a. Treibstoffen und Öle) sind in ausreichender Menge über den gesamten Zeitraum an der Baustelle vorzuhalten.
- Mobile Toiletten dürfen nur außerhalb der Schutzone II aufgestellt werden.
- Das Betanken, Reparieren und Abschmieren von Maschinen und Fahrzeugen ist in der Schutzone II nicht gestattet.
- Es dürfen nur Maschinen eingesetzt werden, bei denen mit Ölverlusten nicht zu rechnen ist. Es sollten bevorzugt Maschinen und Geräte die mit biologisch abbaubarem Hydraulikölen sowie Biodiesel eingesetzt werden.
- Das Betanken sollte nach Möglichkeit außerhalb des WSG oder in Schutzone III erfolgen. In Schutzzonen II darf die Betankung nur erfolgen, wenn dies durch den Arbeitsablauf unumgänglich ist. Grundsätzlich muss im Wasserschutzgebiet durch geeignete Maßnahmen (z. B. ausreichend dimensionierte, medienbeständige Auffangwannen) sichergestellt sein, dass austretender Kraftstoff vollständig zurückgehalten werden kann.

Überschwemmungsgebiet (ÜSG)

- Innerhalb des ÜSG ist auf eine hochwasserangepasste Planung und Ausführung zu achten (z. B. hinsichtlich der Elektroinstallation).
- In Überschwemmungsgebieten sind u. a. die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen außerhalb von Anlagen sowie das Ablagern und das nicht nur kurzfristige Lagern von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können, untersagt. Auf die Regelungen der §§ 78 und 78a Wasserhaushaltsgesetz (WHG) wird hingewiesen.

Hinweis

Der erwartete Wasserspiegel bei einem HQ₁₀₀ liegt im Bereich des Baufeldes bei ca. 71,53 mNN.

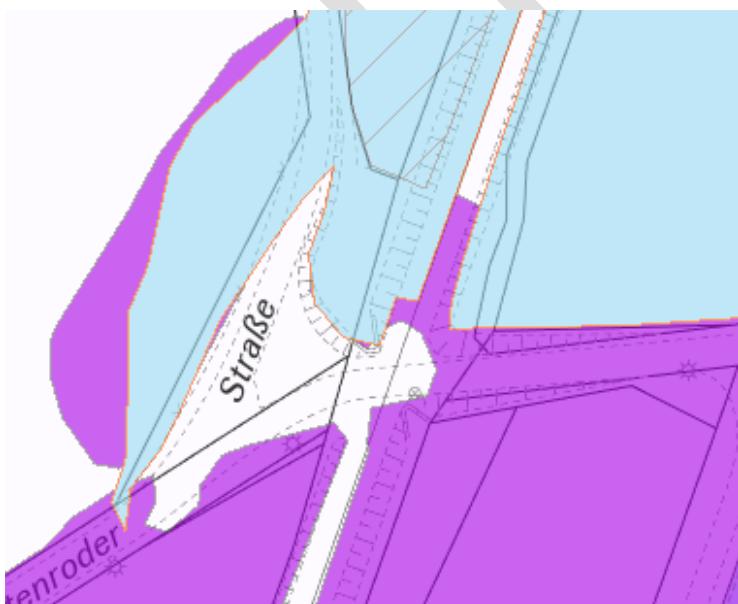


Abb. 2: Auszug Überschwemmungsgebiet

Bodenschutz

Kontakt: Herr Borck, Tel. 470-6373

Keine Anmerkungen oder Ergänzungen.

Kampfmittel

Kontakt: Herr Funke, Tel. 470-6361

Nach der städtischen Kampfmittelbelastungskarte liegt die Maßnahme in der Sicherheitszone von Bombardierungen des 2. Weltkrieges. Die Aussage des Kampfmittelbeseitigungsdienstes Hannover, wonach keine Hinweise auf Bombardierungen vorliegen, wird hier nicht geteilt. Allerdings ist die städtische Kampfmittelbelastungskarte in diesem Bereich nur eine grobe Übersichtskartierung, keine Luftbilddetailauswertung. Die Kriegsluftbilder liegen dem KBD Hannover vor, der Stadt nicht.

Stadtklima

Kontakt: Herr Bruchmann, Tel. 470-6322

Keine Bedenken gegen die Maßnahme.

Klimaschutz

Kontakt: Frau Saad, Tel. 470-6334

Belange nicht betroffen.

Stadtentwässerung

Kontakt: Frau Neuhaus, Tel. 470-2697

Im Bereich des Bahnüberganges Pepperstieg befindet sich die Einleitstelle C03 für einen Regenwasserkanal (700er Beton), der Teile des angrenzenden Wohngebietes Querum/Duisburger Straße entwässert. Diese Einleitstelle wird durch die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) über den parallel zur Bahnstrecke verlaufenden Karl-Hintze-Weg zur regelmäßigen Kontrolle angefahren. Weitere öffentliche Kanäle sind nicht betroffen.

Die Zufahrten über die Ottenroder Straße und den Karl-Hintze-Weg für die Gewässerunterhaltung der Wabe, Mittelriede und der Schunter sind im Rahmen der Umbauarbeiten des Bahnüberganges für die Stadtentwässerung bzw. SE|BS weiterhin möglich zu machen bzw. ausreichende Durchfahrtsbreiten für Pump- bzw. Unterhaltungsfahrzeuge (max. 40 t) müssen gewährleistet sein.

Am 22.07.2022 nahm die Stadt (Referat 0660.10, Stadtentwässerung) diesbezüglich Kontakt mit Frau Michelle Klinke (Deutsche Bahn) auf. Beabsichtigt war eine Klärung, inwiefern der SE|BS ein Kreuzen der Gleistrasse während der Baumaßnahme ermöglicht werden kann. Angedacht ist eine telefonische Anmeldung der SE|BS beim Fahrdienstleiter.

Grün- und Freiraumplanung

Kontakt: Herr Kreisel, Tel. 470-4978

Die im Maßnahmenblatt 001_A des LBP beschriebenen Maßnahme ist angemessen und kann den Zweck, die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch das Schalthäuschen zu kompensieren, erreichen. Allerdings ist im Maßnahmen- und Konfliktplan als Konflikt (auch) die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zu benennen, wie das im Erläuterungsbericht geschehen ist.

Finanzen

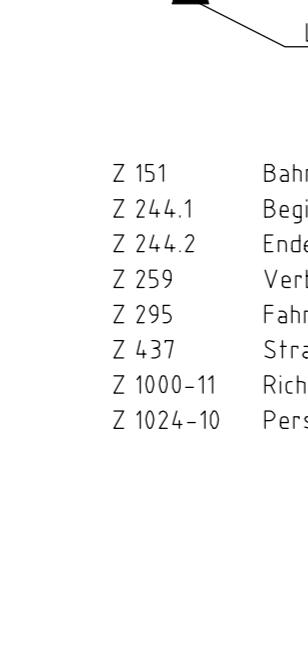
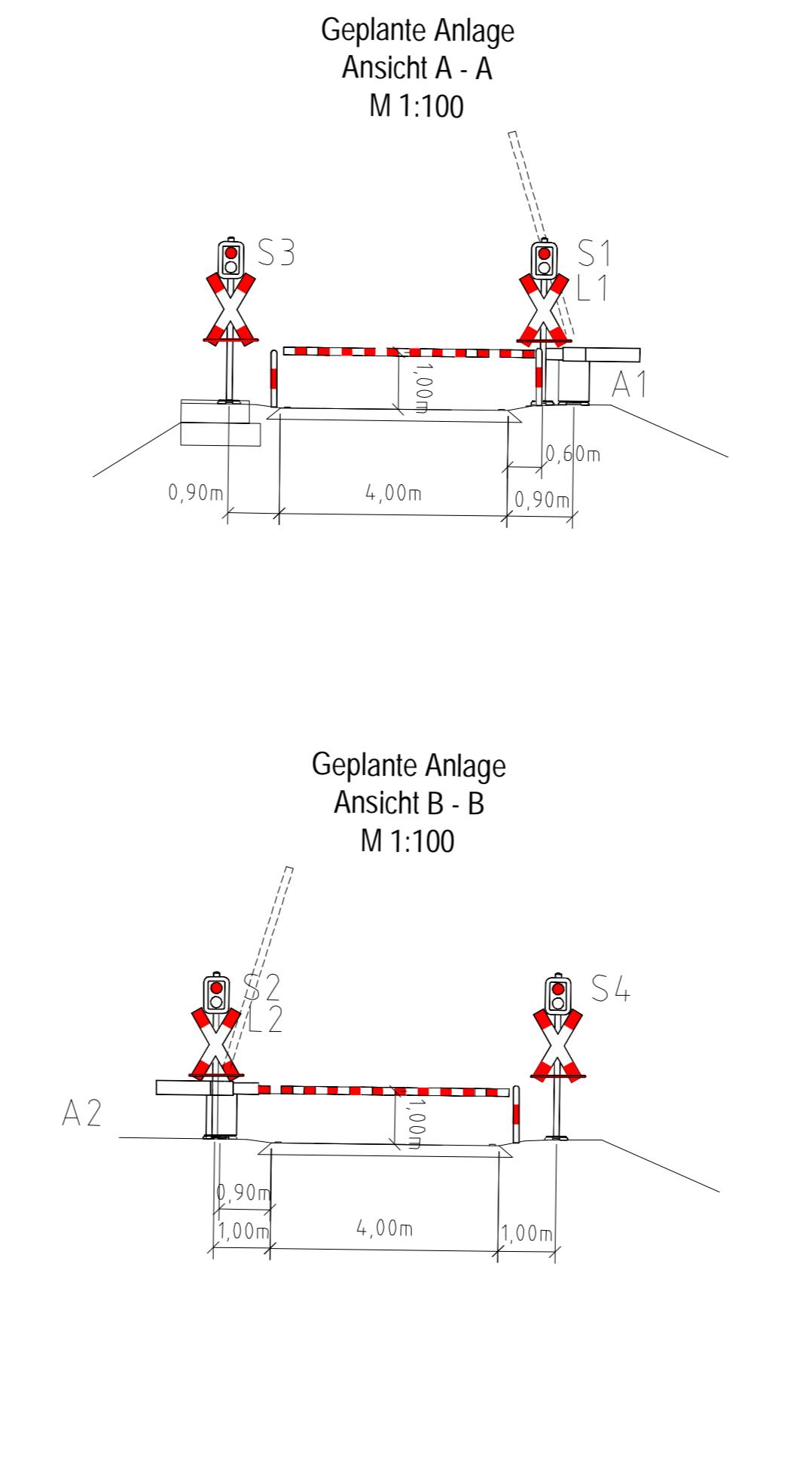
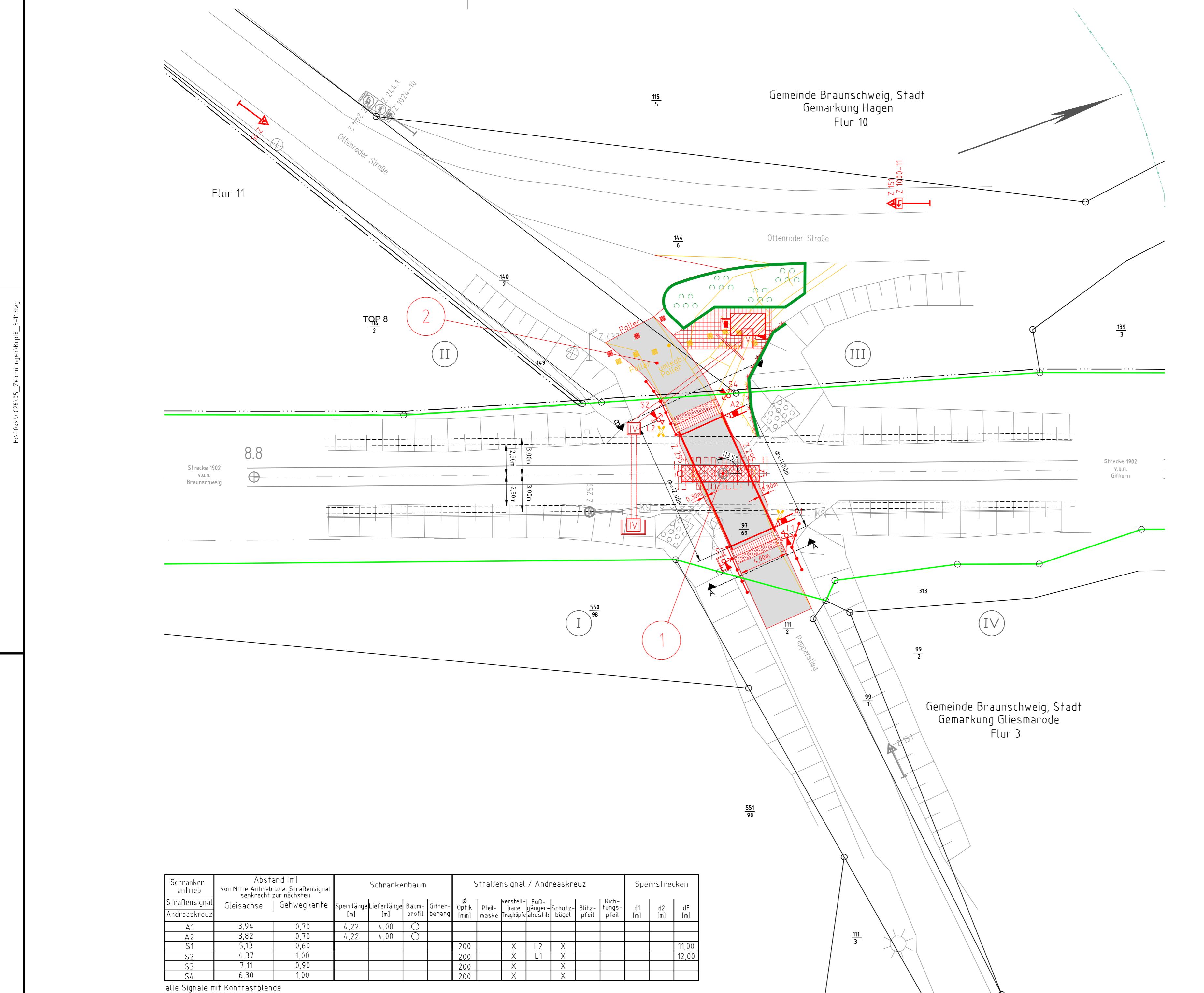
Kontakt: Herr Urban, Tel. 470-2151

Es wird darauf hingewiesen, dass sich der Wert der städtischen Grundstücke durch die vorübergehende und dauerhafte Inanspruchnahme mindert, sodass der Stadt Braunschweig ein Aufwand in dieser Höhe entsteht. Der Gestattungsvertrag sieht keine Entschädigung vor.

Mit freundlichen Grüßen

i. V.

Leuer



Legende:

	äußere Grenze der vorhabenträgereigenen Grundstücke
	Bestand
	Neubau/Änderung
	Rückbau
	Ausgleichmaßnahme: Sichtschutzpflanzung BSH, Eingrünung Schutzaun
	Kreis-/ Gemeindegrenze
	Gemarkungsgrenze
	Flurgrenze
	Flurstücksgrenze
	Flurstücksnummer
	Asphalt neu
	Rasengitterstein
	Richtungsfeld
	Aufmerksamkeitsfeld
	lfd. Nummer des Bauwerksverzeichnisses
	Zaun
	Halbschranke
	Starkstromverteilung
	Betonschalthaus
	Querung Kabeltrasse
	Kabelaufbauschacht
	Geländer
	Winkelwandelement (WWE)
	Regenwasserkanal
	Poller
	Beleuchtung
	<p>Fußgängerakustik</p> <p>Mast</p> <p>Andreaskreuz (stehend)</p> <p>Personenschutzbügel</p> <p>Lichtzeichen (Rot, Gelb)</p>

erung:
ßenverkehrszeichen (mit Ausnahme der Andreaskreuze Z201) und
bahnmarkierungen außerhalb des Kreuzungsstücks gehören zu den
ßenanlagen und werden daher von der Straßenverkehrsbehörde fes

sichtsskizze

0	Ausgangsverfahren: Antragsfassung
Index	Änderungen bzw. Ergänzungen

<p>obenträger:</p> <p>DB NETZE</p> <p>etz AG n Nord emannallee 3 3 Hannover</p> <p>Unterschrift</p>		
<p>eter des Vorhabenträgers:</p>		<p>Planverfasser:</p> <p>Dr. Graband & Partner</p>

 GRABAND	D. J. Graband & Partner Efeuweg 9 38104 Braunschweig
<input type="checkbox"/> Erstmalige technische Sicherung für <input type="checkbox"/> in Braunschweig, Bahn-kr	
Unterschrift Unterschrift	06.12.2022, i.A. Datum

Strecke 1902 Braunschweig – Gi

Kreuzungsplan

Betreff:**Verwendung bezirklicher Mittel 2023 im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraeu****Organisationseinheit:**Dezernat I
0103 Referat Bezirksgeschäftsstellen**Datum:**

12.04.2023

BeratungsfolgeStadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraeu
(Entscheidung)**Sitzungstermin**

26.04.2023

Status

Ö

Beschluss:

Die in 2023 veranschlagten Haushaltsmittel des Stadtbezirksrates 330 – Nordstadt-Schunteraeu – werden wie folgt verwendet:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Einrichtungsgegenstände an bezirklichen Schulen | 2.726,00 € |
| 2. Straßenunterhaltung an bezirklichen Straßen | 29.500,00 € |

Die Verwendungsvorschläge ergeben sich aus dem Begründungstext.

Sachverhalt:Zu 1. Einrichtungsgegenstände an bezirklichen Schulen **2.726,00 €**

GS Am Schwarzen Berge:

2 Schiebetürenschränke, 8 x Holzböden mit Bodenträger 509,00 €

GS Bültenweg:

2 x Schreibtisch, 1 x TV-Bank 936,00 €

GS Isoldestraße:

Modulus Hochschränk 666,00 €

GS Pestalozzistraße:

Mittelhoher Schiebetürenschränk 615,00 €

Zu 2. Straßenunterhaltung an bezirklichen Straßen**29.500,00 €**

Sielkamp Gehweg Haus-Nr. 8 bis westliche Einmündung:

17.000,00 €

Ca. 110 qm Betonplatten 30/30/4 aufnehmen, Planum herstellen und verdichten, Schottertragschicht liefern und einbauen, Betonplatten 30/30/8 liefern und neu verlegen, Tiefbord erneuern, 30 cm RE-Pflaster Rot am Rand zur Parkbucht beitragspflichtig*

Henri-Dunant-Straße Gehweg Nordseite Haus-Nr. 33:

6.800,00 €

Ca. 40 qm Betonplatten 30/30/4 aufnehmen, Planum herstellen und verdichten, Schottertragschicht liefern und einbauen, Betonplatten 30/30/8 liefern und neu verlegen, Tiefbord erneuern, defekte Borde austauschen

beitragspflichtig*

Wartheweg Gehweg Nordseite Haus-Nr. 8 – 10: Ca. 110 qm Betonplatten 30/30/4 aufnehmen, Planum herstellen und verdichten, Schottertragschicht liefern und einbauen, Betonplatten 30/30/8 liefern und neu verlegen, defekte Borde austauschen beitragspflichtig*	16.900,00 €
Ottenroder Straße Gehweg Nordseite ggü. Haus-Nr. 58: Ca. 40 qm Betonplatten 30/30/4 aufnehmen, Planum herstellen und verdichten, Schottertragschicht liefern und einbauen, Betonplatten 30/30/8 liefern und neu verlegen beitragspflichtig*	6.500,00 €
Sielkamp Gehweg Nordseite zwischen haus-Nr. 52 und Einmündung Parkplatz: Ca. 75 qm Betonplatten 30/30/4 und Trennstreifen aufnehmen, Planum herstellen und verdichten, Schottertragschicht liefern und einbauen, Betonplatten 30/30/8 liefern und neu verlegen, Trennstreifen erneuern, Tiefbord erneuern beitragspflichtig*	12.500,00 €

(* erst abrechenbar, wenn die jeweilige Anlage durchgängig erneuert ist)

Die im Beschlusstext genannten Beträge dienen lediglich der Orientierung. Der Stadtbezirksrat kann unabhängig davon, im Rahmen seines Gesamtbudgets, abweichende Beschlüsse fassen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung und des Inkrafttretens des städtischen Doppelhaushalts 2023/2024.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Haushaltsreste nur in Höhe des Haushaltsansatzes 1 Jahr übertragbar sind.

Die Vorschläge zur Grünanlagenunterhaltung werden in einer späteren Sitzung nachgereicht.

Kügler

Anlage/n:

keine

Absender:

BIBS-Fraktion im Stadtbezirksrat 330

TOP 10.1

23-21134

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Antrag auf Projektfinanzierung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraeue
(Entscheidung)

Status

26.04.2023

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Hiermit beschließt der Stadtbezirksrat Nordstadt-Schunteraeue die Projektfinanzierung in Höhe von 100 € für Herrn Werner Behm für den Schulgarten in der Grundschule in Kralenriede.

Sachverhalt:

Nach der Zusammenlegung und nach Beendigung der Corona Auflagen kann endlich wieder in der Grundschule Kralenriede der Schulgarten benutzt werden.

Herr Werner Behm möchte, zusammen mit der Nachmittagsbetreuung, mit den Kindern im Schulgarten insektenfreundliche Blühpflanzen aussähen, um den Kindern die große Vielfalt näher zu bringen.

Hierfür bittet Herr Behm um eine Finanzierung des Saatgutes in Höhe von 100,-€.

gez.

Sabine Bartsch

Anlagen:

keine

Absender:

BIBS-Fraktion im Stadtbezirksrat 330

TOP 11.1

23-20738

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Ringgleisverbindung zwischen Bienroder Weg und
Beethovenstrasse, Stand der Dinge**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

18.02.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraeue (zur
Beantwortung)

02.03.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Derzeit verläuft der „Ringgleisweg“ auf einer Alternativroute über das Gelände des Campus Nord.

Laut Masterplan Ringgleis ist seitens der Stadt vorgesehen den Weg perspektivisch direkt an die Bahntrasse zu verlegen.

Wir möchten gerne folgende Fragen beantwortet haben:

1. In welchem Stadium befinden wir uns zur Zeit?
2. Wie sieht der weitere zeitliche Horizont aus?

gez.

Sabine Bartsch

Anlagen:

3 Fotos







Betreff:**Ringgleisverbindung zwischen Bienroder Weg und
Beethovenstrasse, Stand der Dinge****Organisationseinheit:**

Dezernat VIII

0617 Referat Grün- und Freiraumplanung

Datum:

13.04.2023

BeratungsfolgeStadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraeu (zur
Kenntnis)**Sitzungstermin**

26.04.2023

Status

Ö

Sachverhalt:

Zu der Anfrage nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

zu 1:

Der derzeitige provisorische Ringgleisverlauf in dem genannten Bereich wurde eingerichtet, weil zum einen die derzeitigen Eigentumsverhältnisse den geplanten endgültigen Verlauf der Ringgleistrasse nicht zulassen und zum anderen die Umsetzung ganz entscheidend von den Planungen zur Campus-Bahn und den Entwicklungen zum B-Plangebiet „Campus Nord“ abhängig ist. Beide Planungsvorhaben werden die Belange des Ringgleises künftig berücksichtigen. Bis auf Weiteres muss der provisorische Ringgleisverlauf jedoch nach wie vor über das Gelände der TU durch einen Gestattungsvertrag abgesichert bleiben.

zu 2:

Wie der Antwort zu Frage 1 zu entnehmen ist, hängt der weitere zeitliche Ablauf bezüglich der Auflösung dieser „Umwegsituation“ in diesem Bereich von anderen komplexen und übergeordneten Planungen ab, sodass zum aktuellen Zeitpunkt noch keine konkreten Angaben gemacht werden können.

Anlage/n:

keine

Betreff:

Anregung für die Erneuerung von Radwegen 2023 im Stadtbezirk 330

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue (zur Beantwortung)

26.04.2023

Status

Ö

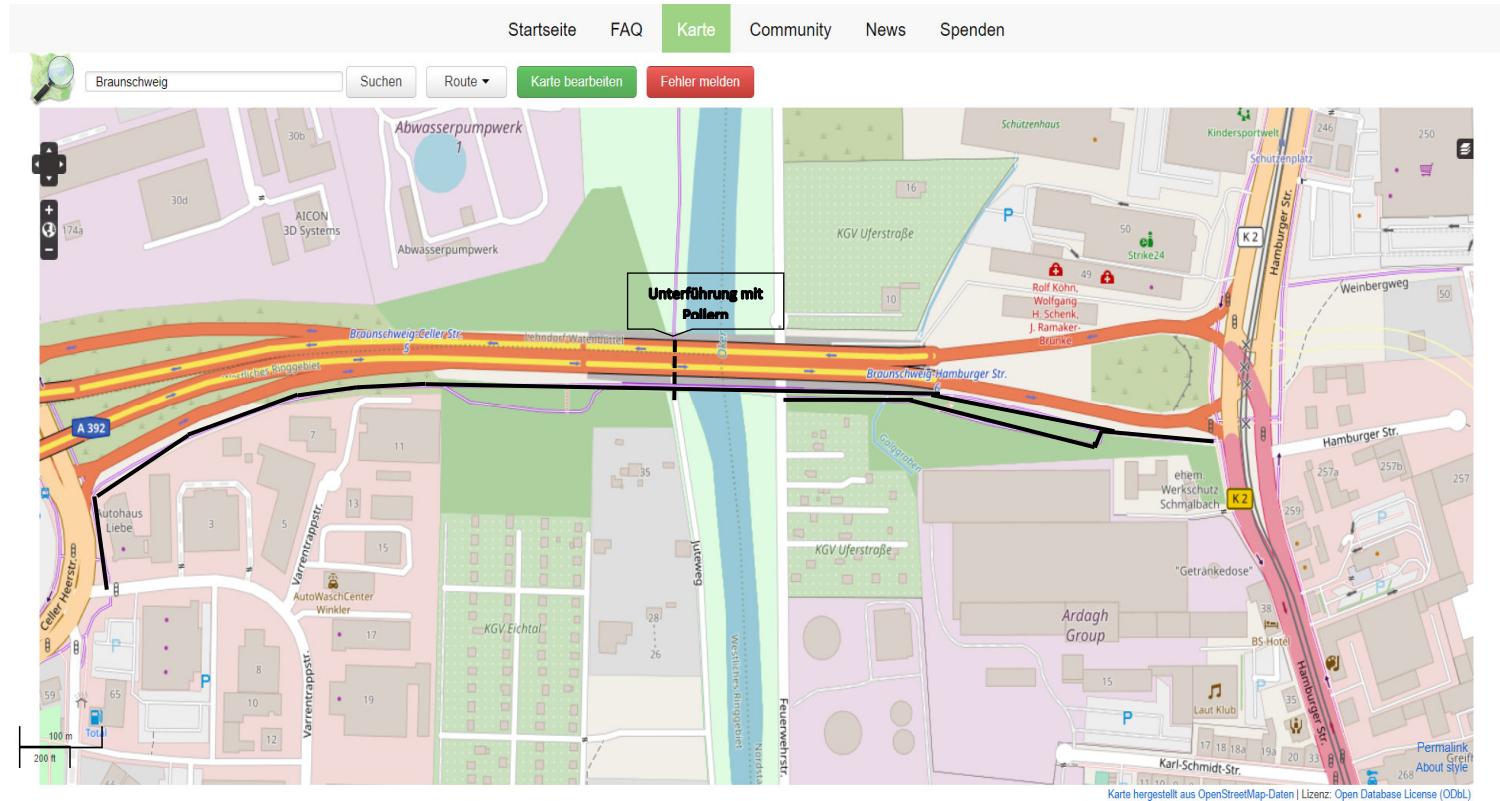
Über den ADFC hat die SPD-Fraktion Vorschläge für wichtige Radwegeerneuerungsmaßnahmen im Jahr 2023 erhalten.

Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Radverkehrs fragen wir:

- 1) Wie bewertet die Verwaltung die beigefügten Vorschläge und wie schätzt sie die Dringlichkeit der einzelnen Maßnahmen ein?
- 2) Welche von diesen Maßnahmen können/sollen noch 2023 umgesetzt werden?
- 3) Wie sieht es bei den übrigen Maßnahmenvorschlägen aus?

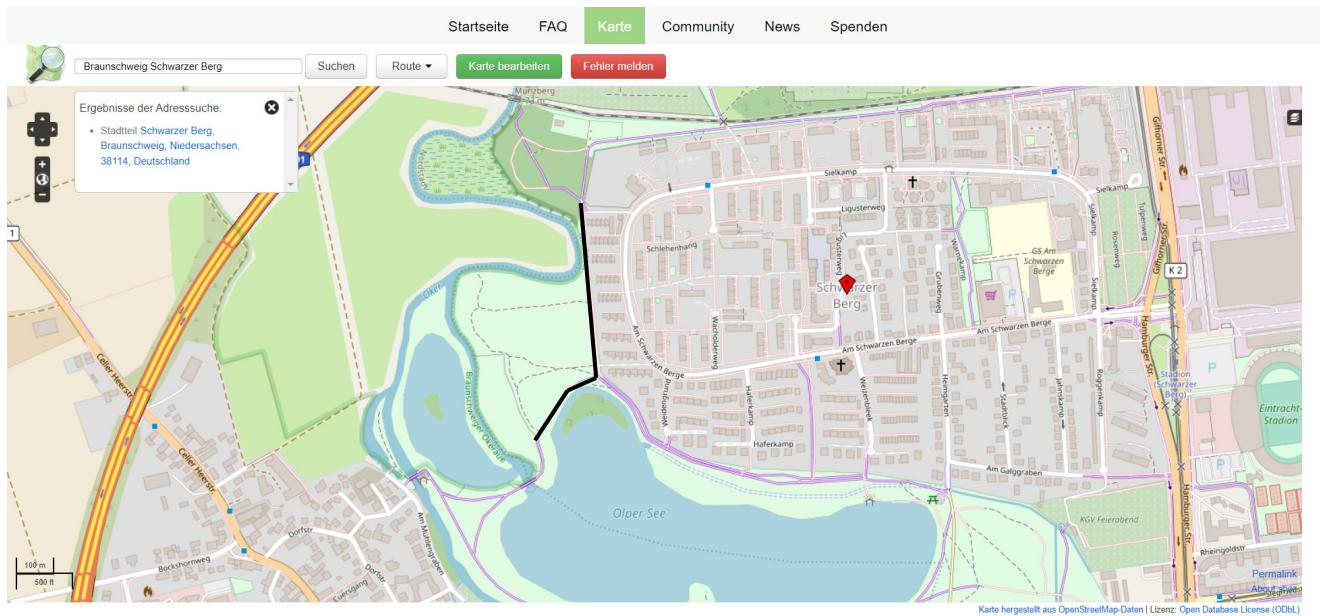
gez.
Jens Dietrich

Übersicht über mögliche Maßnahmen



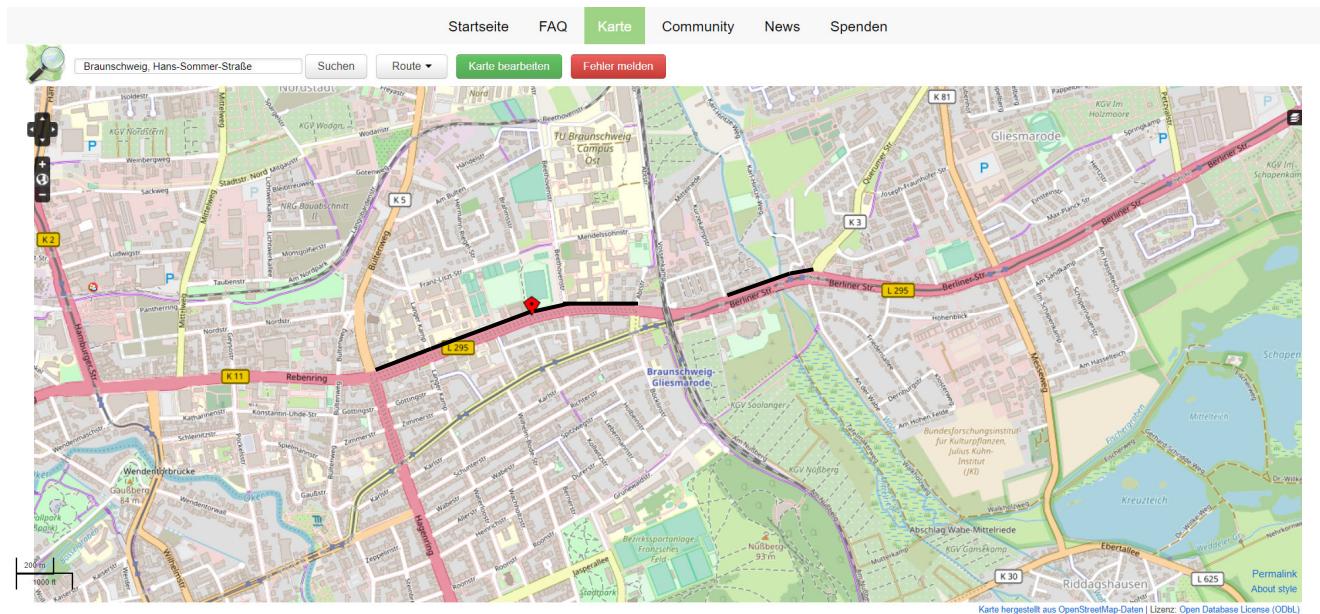
1. Fahrbahndeckenerneuerung 2023

- 1.1. Der gesamte markierte Weg zwischen Hamburger Str. und Autobahnauffahrt Ölper sowie der Abzweig zur Uferstraße, befinden sich in einem sehr schlechten Zustand, Schlaglöcher, Aufbrüche im Asphalt usw. An diese Stelle müsste nichts geplant werden, sondern nur die Asphaltdecke erneuert werden.
- 1.2. An der westlichen Seite der Autobahnbrückenunterführung ist der an sich nur geschotterte Weg ebenfalls im schlechten Zustand. Hier gibt anscheinend Betonreste die verteilt wurden, nunmehr aber teilweise zerbröselt sind. Zusätzlich stehen hier Steinpoller an den nur noch Reste einer Markierung erkennbar sind.



2. Umfahrung des Wohngebietes Schwarzer Berg

- 2.1. Strecke entlang des Wohngebietes. Hier gibt einen Radweg und einen Fußweg, in der Mitte durch eine Art Rinne getrennt. Die Oberfläche ist sowohl auf dem Radweg als auch auf dem Fußweg in schlechten Zustand. Zerbröselter Asphalt und Schlaglöcher.
- 2.2. Im weiteren Verlauf um den Ölper See ist der Weg mit Verbundsteinen gepflastert. Hier sind Unebenheiten in erheblichem Umfang zu verzeichnen. Deshalb wird sehr viel auf dem unbefestigten Seitenstreifen gefahren.



3. Radweg Hans Sommer Straße zwischen Beethoven Str. und Abt Str.

- 3.1. Auf dem stadteinwärts führenden Radweg gibt es Verwerfungen, Asphalt Beulen und bis zu 10 cm breite Querrillen.
- 3.2. Weiter zwischen Kurzecampstr. und Querumerstr., hier gibt es auf dem stadteinwärts führenden Radweg Asphaltbeulen, aufgesprungener Asphalt und Querrillen.

Zwischen Abt. Str. und Kurzecampstr. ist der Radweg erneuert.

Die ersten beiden Vorschläge sind nicht Teil des Veloroutennetzes. Der Vorschlag 1. Verbindet aber wichtige Ortsteile von Braunschweig, etwa die Nordstadt mit Ölper.

Der Vorschlag 2. Könnte eine Verbesserung der Verbindungen nach Veltenhof erreichen.

Absender:

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 330**

23-21121

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Versorgungsleitungen für den Neubau einer Eishalle

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue (zur
Beantwortung)

Status

26.04.2023

Ö

Sachverhalt:

Am 27.02.2007 wurde in einer Ratssitzung der Neubau eines "Freizeit und Erlebnisbad" für die Stadt Braunschweig an der Hamburgerstraße beschlossen. Mit der Entscheidung bezüglich des neuen Freizeit -und Erlebnisbades sollte Klarheit und Planungssicherheit für den Braunschweiger Freizeit- und Eissportverein e.V. verbunden werden. Denn das Neue Bad sollte genau an die Stelle gebaut werden, wo damals noch eine Eissporthalle gestanden hat. Nur wenig Informationen sind während der Entscheidungsphase an die Öffentlichkeit gelangt. Nach dem die damaligen Bezirksräte: Bienrode -Waggum-Bevenrode, Wenden-Thune-Harxbüttel und Nordstadt in ihrer Sitzung am 13.02.2007 einstimmig für einen Änderungsantrag zur Beschlussvorlage mit dem Passus: zeitgleich zur Errichtung des Freizeit- und Erlebnisbades die im Lageplan vorgesehene optionale Angliederung einer Eisfläche unverzüglich zu realisieren, so dass die Zeit beim Bau des Freizeitbades so gering wie möglich gehalten werden kann. Dazu sollten beim Bau des Freizeitbades alle Versorgungsleitungen so dimensioniert werden, dass auch eine Eishalle mit versorgt werden könnte. Bis heute ist nichts passiert.

Eine Eishalle ähnlich wie in Salzgitter oder Wolfsburg wäre für die Großstadt Braunschweig ein zusätzlicher Besuchermagnet.

Frage 1:

Sind die Versorgungsleitungen beim Bau des Freizeitbades wie in der Beschlussvorlage vom 13.02.2007 so durchgeführt worden dass man eine Eishalle mitversorgen könnte?

Frage 2:

Gibt es Planungen der Stadt Braunschweig für den Bau einer Eishalle?

Frage3 :

Wo findet zur Zeit der Trainings- und Spielbetrieb des Braunschweiger Eissportverein e.V. statt?

gez.

Horst-Dieter Steinert

Anlagen: keine

Betreff:

Gestaltung des Übergangs Hamburger Straße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

11.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunterau (zur
Beantwortung)

Status

26.04.2023

Ö

Sachverhalt:

Die Neugestaltung des Fußwegs und des Radwegs auf der östlichen Seite der Hamburger Straße ist abgeschlossen. Dabei wurde der Radweg auf ganzer Länge zwischen Sackweg und Siegfriedstraße als Zweirichtungsradweg ausgeführt.

Nachdem vor wenigen Jahren eine Umgestaltung als Zweirichtungsradweg von der Einmündung der Tristanstraße bis zur Siegfriedstraße noch kategorisch ausgeschlossen wurde, ist das eine erfreuliche, deutliche Aufwertung des Radverkehrs. Zur nachhaltigen, weiteren Förderung des Radverkehrs in diesem Bereich sind jedoch noch viele Maßnahmen nötig und zumindest zum Teil auch mit geringem Aufwand umsetzbar.

Daher fragen wir die Verwaltung:

1. Ist es vorgesehen, die Anforderung für die Fahrradampel an der Hamburger Straße auf Höhe des Jüdischen Friedhofs (Fotos) entfallen zu lassen und sie in den "Regelbetrieb" zu integrieren?
2. Ist mittelfristig vorgesehen, das fehlende Stück zwischen Siegfriedstraße und der Einmündung in den alten Rühmer Weg - ab hier gibt es erkennbar wieder den Zweirichtungsradweg - ebenfalls als Zweirichtungsradweg auszubauen?

gez.
Christian Plock

Anlage/n:

2 Fotos





Absender:

**Bastian Swalve (SPD) im
Stadtbezirksrat 330**

TOP 11.5

23-21120

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Wochenmarkt Nibelungenplatz

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue (zur
Beantwortung)

Status

26.04.2023

Ö

Sachverhalt:

Der Wochenmarkt am Nibelungenplatz am Dienstag Vormittag wird auffällig immer weniger frequentiert - so finden sich insbesondere in den Wintermonaten nur noch drei Stände ein, die Besucherzahlen sind ebenso dem Augenschein nach niedrig. Allgemein ist auffällig, dass beide Markttage am Nibelungenplatz vormittags liegen, sodass ohnehin nur ein sehr eingeschränktes Klientel angesprochen wird - berufstätige Menschen sind beispielsweise ausgeschlossen. Auch vor dem Hintergrund der Schließung des Cafés sowie des NP-Marktes ist ein attraktiver Wochenmarkt dabei eine Möglichkeit, den Nibelungenplatz als zentralen Ort des Siegfriedviertels attraktiv zu halten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Wie ist die Entwicklung der Anzahl der Stände am Wochenmarkt am Nibelungenplatz an beiden Markttagen seit 2020?
2. Gibt es Rückmeldungen der Standbetreiber, was man am Wochenmarkt am Nibelungenplatz verbessern könnte?
3. Ist eine Verschiebung des Wochenmarktes z.B. am Dienstag auf den Nachmittag möglich, um die Attraktivität zu steigern?

gez.

Bastian Swalve

Anlagen:

keine

Betreff:

**Zustand der Gehwege im Stadtbezirk nach Verlegung von
Glasfaserkabeln**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraeue (zur
Beantwortung)

26.04.2023

Status

Ö

Derzeit werden an vielen Stellen im Bezirk Nordstadt-Schunteraeue Glasfaserkabel verlegt. So sehr dies auch zu begrüßen ist, erreichen die SPD-Fraktion derzeit doch einige Beschwerden, die sich auf einen verschlechterten Zustand der Gehwege bzw. Gehwegplatten nach Verlegung der Kabel durch die STRABAG beziehen.

Als Beispiel sei hier genannt der Fußweg vom Roggenkamp in Richtung Stadion im Bereich des Cafés/Bäckers.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Sind der Verwaltung gleichartige Beschwerden im Stadtbezirk 330 oder auch aus anderen Stadtbezirken bekannt?
2. Durch welches Vorgehen wird sichergestellt, dass es durch die Bauarbeiten nicht zu einer Verschlechterung gegenüber dem vorherigen Zustand der Gehwege kommt?
3. Bis zu welchem Zeitpunkt wird seitens der STRABAG bzw. deren Auftraggeber die Beseitigung evtl. später gemeldeter Schäden bzw. bei unzureichender Wiederherstellung zugesichert?

gez.
Jens Dietrich

Anlagen:
keine

Absender:

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Stadtbezirksrat 330**

23-21166
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Schottergärten im Bezirk 330

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue (zur
Beantwortung)

Status

Ö

26.04.2023

Sachverhalt:

In der Braunschweiger Zeitung vom 13. März dieses Jahres wurde berichtet, dass die Stadt gegen sogenannte Schottergärten vorgehen will.

Auch die Verwaltung hat in den letzten Jahren immer wieder zum Thema Schottergärten berichtet und dabei den jeweils aktuellen Sachstand, die Rechtslage und das Vorgehen der Verwaltung beschrieben (z.B. DS 19-10647-01, DS 20-12613-01, DS 21-17260-01, DS 22-18719).

Weiterhin wird in der Braunschweiger Zeitung auf ein Urteil des OVG Lüneburg Bezug genommen, das entschieden hat, "dass Bauaufsichtsbehörden den Rückbau von Schottergärten grundsätzlich anordnen dürfen"

Wir fragen die Verwaltung:

1. Haben diesbezüglich bereits Kontrollen im Bezirk 330 stattgefunden, oder wann ist geplant, damit zu beginnen?
- 2 Wie viele Schottergärten wurden hierbei ermittelt und wurden im Nachgang die betroffenen Eigentümer*Innen angeschrieben?
3. Kam es nach dem Schriftverkehr zu Folgekontrollen bei den angeschriebenen EigentümerInnen durch Mitarbeiter*Innen der Stadt, und bei wie vielen Schottergärten konnte dann ein Rückbau festgestellt werden?

gez.

Rochus Jonas

Anlagen:

2 Artikel aus der Braunschweiger Zeitung

Stärker gegen 13/3/23 Schottergärten vorgehen

Braunschweig. Nach einem Gerichtsbeschluss sehen sich einige Städte in Niedersachsen ermutigt, strenger gegen unerlaubte Schottergärten vorzugehen. Wie aus einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur bei Kommunen hervorgeht, plant die Stadt Braunschweig systematische Kontrollen. Dabei sollen Kontrolleure den Besitzern Tipps für naturnahe Gartengestaltungen geben und falls nötig, Verfahren zum Rückbau einleiten. Das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht (OVG) in Lüneburg hatte Mitte Januar entschieden, dass Bauaufsichtsbehörden den Rückbau von Schottergärten grundlegend anordnen dürfen.

Nach der niedersächsischen Bauordnung müssen nicht überbaute Flächen von Baugrundstücken Grünflächen sein, soweit sie nicht für eine andere zulässige Nutzung erforderlich sind. Beete mit Steinen oder Kieseln sind demnach nur dann als Gestaltungselemente zulässig, wenn sie eine untergeordnete Bedeutung haben. Schottergärten stehen unter anderem in der Kritik, da sie kaum Lebensraum für Insekten bieten. *dpa*

Wie viel Schotter vertragt das Ringgleis?

Kritik an Umbauarbeiten am Westbahnhof- Die Graffiti-Brücke wird aufgewertet, doch es kam Schotter hinzu

11
Jörn Stachura

Braunschweig. Was lange währt, wird endlich gut: Vor drei Jahren wurden erste Pläne zur Aufwertung des Braunschweiger Ringgleises an der Graffiti-Brücke vorgestellt. Das Ende der Arbeiten im Westlichen Ringgebiet steht bevor. Doch prompt gibt es Kritik: Eine neue Schotterfläche ist entstanden.

Ein Leser war ziemlich verblüfft beim Anblick der Restarbeiten, die mittlerweile vor ihrem Ende stehen. Er meint: „Sollten für die Stadt Braunschweig nicht die gleichen Vorgaben gelten, die sie von den Bürgern einfordert?“ Schottergärt-

ten seien auf privaten Flächen schließlich untersagt. Der Umbau an der Graffiti-Brücke erschließt sich ihm nicht.

Wobei: Für das Ringgleis gelten grundsätzlich etwas andere Vorgaben. Arndt Gutzzeit vom Verein Braunschweiger Forum verweist darauf: Schotter und Ringgleis seien kein ausgesprochener Wider-

spruch. „Das Ringgleis war schließlich einst eine Eisenbahn-Trasse. Das Areal am Westbahnhof ist eine Art Freilichtmuseum, wo man Braunschweiger Industrie- und Verkehrs geschichte erleben kann.“ Gutzzeit hat jüngst dazu eine Broschüre veröffentlicht. Die Stadt Braunschweig verweist darauf: Auch am nahen Mehrgenerationenpark sei der Schotter entlang der Gleise geblieben.

Wobei auch nie geplant war, das Areal an der Graffiti-Brücke drastisch umzubauen. Anlass des Umbaus dort: Unter der Brücke befindet sich der sogenannte Ablaufberg der alten Eisenbahn-Trasse. Der Berg wurde 1886 aufgeschüttet. Von dort aus rollten Waggons hinab in den Westbahnhof und wurden



Umbauarbeiten an der Graffiti-Brücke sorgen für neuen Schotter am Ringgleis.

neu geordnet, um sie später in der richtigen Reihenfolge bei den Firmen am Ringgleis abliefern zu können. Nachteil des Bergs: Obwohl er längst nicht mehr benötigt wird, wirkt er als Barriere zwischen den Graffiti-Wänden. Eine Rampe und Stufen erlauben mittlerweile bereits ein problemloses Hin und Her. Unter der Brücke war nie eine Be-

pflanzung geplant. Von der daran angrenzenden Fläche sagt Bezirksbürgermeisterin Sabine Sewella: „Die einst vorgestellten Umbaupläne gingen im Detail nicht so tief.“

Wobei die Stadtverwaltung keinen Grund für Schottergärtchen-Kritik sieht. Die Kritik gibt es häufiger. Zuletzt ging es um die Anlage von Kreiseln bei Rautheim und am Flug-

hafen. Was dort galt, galt auch für die Fläche am Ringgleis, so Stadtspokesman Rainer Kettemeier: „Zumindest befindet sich kein Vlies unter einer Schicht aus Mineralgestein, so dass ein direkter Bodenkontakt besteht. Zum anderen liegt die Decke deutlich unter zehn Zentimetern, so dass auch den Kleinslebewesen der Weg nach unten nicht versperrt ist.“

Die Verwaltung, so der Sprecher, müsse allerdings auch klimatischen Besonderheiten Rechnung tragen: „In Verbindung mit der Mineralmulchschicht werden ausschließlich trockenheitsverträgliche Pflanzen der Steppe eingesetzt, die besser mit Trockenheit und Hitze klar kommen.“ Das Grün soll noch tippen werden: Die Gräser müssten



So stellte sich vor drei Jahren das Büro Brederlau+Hölik den Umbau an der Graffiti-Brücke am Westbahnhof vor. Die Leuchten sollen in Kürze montiert werden.

BREDERLAU+HÖLK



Die Umbauarbeiten an der Graffiti-Brücke sollen außerdem bald beendet werden. Lampen in Form riesiger Blumen müssen noch montiert werden. Die Masten dafür stehen und die Elektro-Kabel liegen bereit: „So das Wetter mitspielt, sollen die Leuchten in Form von Lichtblumen, bei denen es sich um eine Sonderanfertigung handelt, bis Ostern gesetzt werden.“

Betreff:

Sanierung Spielplatz hinter dem Heinrich-Jasper-Haus

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

12.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunterau (zur
Beantwortung)

Status

26.04.2023

Ö

Sachverhalt:

Am 8. Juni 2022 fand auf dem Spielplatz hinter dem Heinrich-Jasper-Haus eine Kinder- und Jugendbeteiligung zur Neugestaltung des Spielplatzes/Jugendplatzes statt. Hier wurde der Eindruck vermittelt, dass die Neugestaltung zeitnah umgesetzt wird. Bisher ist aber noch nichts geschehen.

Deshalb meine Fragen nach dem Stand der Dinge/dem Zeitplan für die Neugestaltung.

Gibt es schon konkrete Planungen?

Wann beginnt die Umsetzung?

gez.

Sabine Bartsch

Anlagen:

keine

Absender:

BIBS-Fraktion im Stadtbezirksrat 330

TOP 11.9

23-21146

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Abfallentsorgung am Schwarzen Berg

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.04.2023

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue (zur
Beantwortung)

Status

26.04.2023

Ö

Sachverhalt:

Warum änderte die Firma ALBA die Abfallentsorgung am Schwarzen Berg?

Im Herbst 2021 änderte die Firma ALBA ihre Vorgehensweise bei der Abfallentsorgung für die Eigentünergemeinschaft Schlehenhang 2-12, die von der Stichstraße zwischen der Straße "Am Schwarzen Berge" und dem Einkaufszentrum Schwarzer Berg aus angefahren wird.

Die Eigentünergemeinschaft wurde aufgefordert, ihre Abfallbehälter an den Leerungstagen bis 6 Uhr am Fahrbahnrand der Straße "Am Schwarzen Berge" abzustellen. Dabei wurde als neuer Stellplatz ein Bereich gekennzeichnet, der sich im Privateigentum befindet und dafür nicht genutzt werden darf (Anhang Kartenausschnitt).

Fragen z.B. zur Haftung bei der Umsetzung dieser Verfahrensweise sind bis heute nicht geklärt. Der neue Standort (Foto) wirft solche Fragen zwangsläufig auf.

Daher fragen wir die Verwaltung:

1. Wurde die Abfallentsorgungssatzung der Stadt Braunschweig im Jahre 2021 dahingehend verändert, dass ein entsprechendes Vorgehen der Firma ALBA notwendig wurde?
2. Wer haftet, wenn durch die unsachgemäße Benutzung der abgestellten Abfallbehälter ein Schaden entsteht?

gez.

Christian Plock

Anlage/n:

Kartenausschnitt Schwarzer Berg der Firma ALBA

1 Foto

Bereitstellung der Tonnen am Leerungstag





Betreff:**Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen an Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028**

Organisationseinheit: Dezernat VII 0120 Referat Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung (Wahlen)	Datum: 29.03.2023
--	-----------------------------

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 130 Mitte (Anhörung)	18.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Nördliche Schunter-/Okeraue (Anhörung)	18.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	19.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Anhörung)	19.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehndorf-Watenbüttel (Anhörung)	19.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Anhörung)	25.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 222 Südwest (Anhörung)	25.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (Anhörung)	25.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)	26.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 330 Nordstadt-Schunteraue (Anhörung)	26.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 111 Hondelage-Volkmarode (Anhörung)	27.04.2023	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Braunschweig-Süd (Anhörung)	27.04.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	09.05.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	16.05.2023	Ö

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig stimmt der Vorschlagsliste (Liste 1 - Teil A und B) zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen am Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028 zu.

Die interessierten Bürgerinnen und Bürger, die die Voraussetzungen der §§ 31 bis 34 GVG nicht vollständig erfüllen oder deren Bewerbung erst nach dem 28. Februar 2023 eingegangen ist (Liste 2) werden nicht in die Vorschlagsliste aufgenommen.

Sachverhalt

Gemäß § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) hat die Stadt Braunschweig im Jahr 2023 eine Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen aufzustellen. Die Vorschlagsliste wird an das Amtsgericht Braunschweig gemeldet, wo sie mit den Vorschlagslisten der anderen Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks zu einer Gesamtliste zusammengeführt wird.

Aus der Gesamtliste wählt bis zum 15. Oktober 2023 ein am Amtsgericht ansässiger Schöffenwahlausschuss die Schöffinnen und Schöffen sowie die Ersatzschöffinnen und Ersatzschöffen für das Amts- und das Landgericht für die Geschäftsjahre 2024 bis 2028.

Mit Schreiben vom 21. Dezember 2022 hat der Präsident des Amtsgerichts die Stadt Braunschweig aufgefordert, bis zum 1. Juni 2023 mindestens 102 Personen für die vom Amtsgericht Braunschweig und mindestens 272 Personen für die vom Landgericht Braunschweig (Strafkammern) benötigten Haupt- und Ersatzschöffen vorzuschlagen. Somit sind **mindestens 374 Personen** vorzuschlagen.

Nach einem Presseauftruf und Mitteilungen an die im Rat vertretenen Parteien und Wählergruppen haben sich insgesamt 961 Personen um die Aufnahme in die Braunschweiger Vorschlagsliste beworben, die die formalen Voraussetzungen zur Übernahme des Schöffenamtes gemäß der §§ 31 bis 34 GVG erfüllen, soweit dies von der Verwaltung überprüft werden konnte. Alle diese Personen sind im Anhang (Liste 1 Teil A und B) mit den in § 36 (2) GVG geforderten Daten aufgeführt. Für die Anhörung der Stadtbezirksräte ist die Liste 1.1 nach Stadtbezirken gruppiert.

Weitere 28 Bewerbungen von interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die die Voraussetzungen der §§ 31 bis 34 GVG nicht vollständig erfüllen oder deren Bewerbung nach dem von der Verwaltung gesetzten Stichtag 28. Februar 2023 eingegangen ist, sind in der Liste 2 aufgeführt. Diese Personen haben trotz eines Hinweises der Verwaltung ihren Antrag aufrechterhalten. Die Verwaltung schlägt vor, diese Personen nicht in die Vorschlagsliste aufzunehmen.

Der Rat kann weitere Personen auf die Liste nehmen oder von dieser streichen, z.B. auf Anregung eines Stadtbezirksrates. Laut Auskunft des zuständigen Richters am Amtsgericht muss der Rat die Vorschlagsliste der Stadt Braunschweig nicht auf die geforderte Mindestzahl reduzieren. Es ist also möglich, alle in Liste 1 aufgeführten Personen in die Vorschlagsliste aufzunehmen. Nach § 36 (2) S. 1 GVG soll die Vorschlagsliste alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigen. Nachfolgend wird die Verteilung der Bewerbungen nach den Merkmalen Geschlecht und Altersgruppe dargestellt:

Altersgruppe	Frauen	Männer	insgesamt
bis 40	83	141	224
41 bis 50	70	72	142
51 bis 60	128	154	282
über 60	122	191	313
Summe	403	558	961

Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste ist gemäß § 36 (1) GVG die **Zustimmung des Rates mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch mit der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder erforderlich**. Nach § 94 (1) Nr. 7 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes sind die Stadtbezirksräte vor der Aufstellung der Vorschlagsliste zur Schöffenwahl anzuhören.

Im Anschluss an die Ratsentscheidung wird die Vorschlagsliste eine Woche öffentlich ausgelegt. In der Woche nach der Auslegung kann Einspruch gegen die Vorschlagsliste erhoben werden. Die Vorschlagsliste nebst eventuellen Einsprüchen wird sodann dem zuständigen Richter am Amtsgericht übergeben (§§ 36 (3), 37, 38 GVG).

Die Verwaltung weist darauf hin, dass alle Anlagen zu dieser Vorlage wegen der enthaltenen Personendaten vertraulich zu behandeln sind. Entsprechend sind sie als nichtöffentliche Anlagen klassifiziert.

.

Geiger

Anlage/n:

Liste_1_Teil_A_und_B_RAT.pdf
Liste_1_1_Teil_A_und_B_SBZ.pdf
Liste_2_Anträge_mit_Ausschlussgrund.pdf